

INSTITUT FINANZEN UND STEUERN e.V.

IFSt-Schrift Nr. 466

**Entwicklung wesentlicher Daten der öffentlichen
Finanzwirtschaft in Deutschland von 1999–2009**

Dr. Hans-Ludwig Dornbusch

IFSt INSTITUT FINANZEN
UND STEUERN

Berlin, im Dezember 2010

© Institut Finanzen und Steuern
Alle Rechte vorbehalten.

Preis: 15,00 €
(darin enthalten 7 % USt = 0,98 €)

ISBN 978-3-89737-015-9

Internet: www.ifst.de

INSTITUT FINANZEN UND STEUERN e.V.

IFSt-Schrift Nr. 466

**Entwicklung wesentlicher Daten der öffentlichen
Finanzwirtschaft in Deutschland von 1999–2009**

Dr. Hans-Ludwig Dornbusch

IFSt INSTITUT FINANZEN
UND STEUERN

Berlin, im Dezember 2010

Das Institut Finanzen und Steuern überreicht Ihnen
die IFSt-Schrift Nr. 466:

Entwicklung wesentlicher Daten der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland von 1999–2009

Im Jahr 2009 waren die Ausgaben der öffentlichen Haushalte mit 739,5 Mrd. € 23,8 % höher als zehn Jahre zuvor. Die gesamten Staatsausgaben in Höhe von 1.144,9 Mrd. € einschließlich der Ausgaben der Sozialversicherungsträger nahmen dagegen mit 18,5 % weniger stark zu. Da der Zuwachs der Staatsausgaben von 2004 bis 2007 deutlich hinter der Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts zurückblieb, fiel die Staatsausgabenquote kräftig um 4,7 Prozentpunkte auf nur noch 43,7 %, den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung. Auch im Jahr 2008 konnte diese vergleichsweise geringe Staatsquote gehalten werden. Dazu beigetragen hat die positive Konjunkturerholung bis zum Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008, in deren Folge die Staatsausgaben 2009 sprunghaft anstiegen. Zugleich schrumpfte das nominale Bruttoinlandsprodukt um 3,7 %, was die Staatsausgabenquote auf 47,6 % hochschnellen ließ.

Die Steuereinnahmen hatten sich in 2007 bedingt durch die gute Konjunktur und die massive Erhöhung bei den indirekten Steuern gegenüber dem Vorjahr deutlich um 10,2 % und 2008 nochmals um 4,3 % auf 561,2 Mrd. € erhöht. Im Zuge der schwersten Rezession der Nachkriegszeit erfolgte dann 2009 mit 6,6 % der stärkste Einbruch bei den Steuereinnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik. Dennoch haben sich innerhalb von 10 Jahren die Steuereinnahmen um 71 Mrd. € und damit um rund 16 % erhöht. Die um den Familienleistungsausgleich bereinigte Steuerquote beträgt 23,3 %. Das sind 1,5 Prozentpunkte mehr als die offiziell ausgewiesene Steuerquote von nur 21,8 %.

Die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften machte im Jahr 2009 mit 52,7 Mrd. € 2,2 % des Bruttoinlandsproduktes aus. Nach der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, wie sie dem Maastrichter Vertrag zugrunde liegt und in der die Finanzsalden der Sozialversicherungsträger einbezogen sind, hat der deutsche Gesamtstaat, nachdem sein Defizit in den Jahren zuvor deutlich zurückgegangen war und im Jahr 2008 erstmals nach 1989 sogar der lang ersehnte Haushaltsausgleich geschafft wurde, wieder mit 3,1 % den Grenzwert knapp überschritten. Das erscheint angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise noch hinnehmbar. Dennoch gibt es keinen Grund zur Entwarnung. In der für das EWU-Konvergenzkriterium maßgeblichen Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sich eine Verschuldung von 1.762 Mrd. €. Das sind 73,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Das Schuldenstands-Kriterium von 60 % des BIP wird damit weiterhin – das achte Jahr in Folge – verfehlt.

Mit freundlicher Empfehlung
INSTITUT FINANZEN UND STEUERN
Prof. Dr. Johanna Hey

Berlin, im Dezember 2010

INHALT

I. Einleitung	4
II. Die öffentlichen Ausgaben	5
1. Die öffentlichen Ausgaben im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	5
2. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben	6
III. Die öffentlichen Einnahmen	11
1. Die öffentlichen Einnahmen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang	11
2. Die Struktur der öffentlichen Einnahmen	13
IV. Die öffentliche Verschuldung	21
1. Schuldenstand	21
2. Nettokreditaufnahme	23
V. Tabellen	26

I. Einleitung

Mit dieser Schrift setzt das Institut Finanzen und Steuern seine Berichterstattung über die Entwicklung der wesentlichen Daten der öffentlichen Finanzwirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland fort. Die finanzstatistischen Daten erfassen den Zeitraum 1999 bis 2009.

Die behandelten finanzwirtschaftlichen Teilbereiche sind:

- die öffentlichen Ausgaben,
- die öffentlichen Einnahmen,
- die öffentliche Verschuldung.

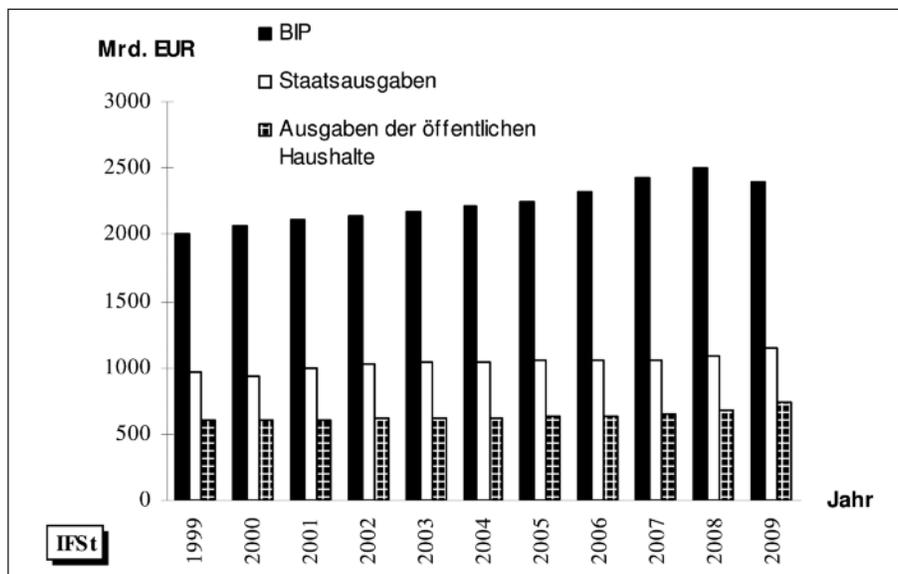
Diese wichtigen finanzwirtschaftlichen Größen werden im Einzelnen hinsichtlich ihrer Entwicklung und Struktur dargestellt und kurz analysiert.

II. Die öffentlichen Ausgaben

1. Die öffentlichen Ausgaben im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang¹

Im Jahr 2009 waren die Ausgaben der öffentlichen Haushalte mit 739,5 Mrd. € um 142,3 Mrd. € höher als zehn Jahre zuvor. Die nominale Zuwachsrate im zehnjährigen Untersuchungszeitraum betrug 23,8 %. Die gesamten Staatsausgaben nahmen dagegen weniger stark zu mit 18,5 % auf 1.144,9 Mrd. €. Dennoch sind die Ausgaben des Staatssektors gegenüber dem Vorjahr um 5 % gestiegen. Das ist die höchste Zuwachsrate seit sieben Jahren. Dadurch hat sich die *Staatsausgabenquote* (Staatsanteil am Bruttoinlandsprodukt) nach fünf Jahren des Rückgangs wieder sprunghaft dem zehnjährigen Höchstniveau genähert.

Grafik 1: Bruttoinlandsprodukt und öffentliche Ausgaben 1999 bis 2009



Im Jahr 2000 wurden 50,8 Mrd. € UMTS-Erlöse aus der Mobilfunklizenzversteigerung als „Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern“ und damit staatsausgabenmindernd verbucht. Die Staatsausgabenquote sank auf 45,1 %; ohne die UMTS-Erlöse hätte sie 47,6 % betragen. Bis zum Jahr 2003

¹ Vgl. Tabelle 1 im Anhang.

stieg sie auf 48,4 %, das Höchstniveau innerhalb der vergangenen zehn Jahre. Von 2004 bis 2007 fiel sie dann kräftig um 4,7 Prozentpunkte auf nur noch 43,7 %, den niedrigsten Wert nicht nur in der gesamten Untersuchungsperiode, sondern seit der Wiedervereinigung. Auch im Jahr 2008 konnte diese vergleichsweise geringe Staatsausgabenquote gehalten werden. Dazu beigetragen hat die positive Konjunktorentwicklung bis zu Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Herbst 2008, in deren Folge die Staatsausgaben 2009 sprunghaft anstiegen. Zugleich schrumpfte das nominale Bruttoinlandsprodukt um 3,7 %, was die Staatsausgabenquote um 3,9 Prozentpunkte auf 47,6 % hochschnellen ließ.

2. Die Struktur der öffentlichen Ausgaben²

Die Ausgaben der laufenden Rechnung (Personalausgaben, laufender Sachaufwand, Zinsausgaben, laufende Zuschüsse) stellen den konsumtiven Teil und die Ausgaben der Kapitalrechnung (Sachinvestitionen, Investitionszuschüsse an Dritte, Finanzinvestitionen) den investiven Teil der öffentlichen Ausgaben dar. Aus der Strukturentwicklung der Ausgaben des öffentlichen Haushalts geht hervor, dass sich insgesamt das Verhältnis der Ausgaben der laufenden Rechnung zu denen der Kapitalrechnung bis 2007 immer mehr zu Lasten des investiven Anteils verschoben hat. Erst danach kam die Wende, der den Zehnjahresvergleich zugunsten der Investitionen hat ausfallen lassen.

Während die Ausgaben der laufenden Rechnung von 1999 bis 2009 um 19,9 % von 515,5 auf 618 Mrd. € stiegen, nahmen die Ausgaben der Kapitalrechnung sogar um 51,8 % von 79,7 auf 121 Mrd. € zu. Das bewirkte, dass der Anteil der Ausgaben der Kapitalrechnung an den Ausgaben der Gebietskörperschaften von 13,4 um 3 Prozentpunkte auf 16,4 % anstieg. Diese in den vergangenen zwei Jahren erfolgte außergewöhnliche Zunahme der Ausgaben der Kapitalrechnung um 20,3 und 50,1 % spiegelt in besonderer Weise die im Rahmen der beiden Konjunkturpakete beschlossene Stärkung öffentlicher Investitionen wider. Auch die ebenfalls über den „Investitions- und Tilgungsfonds“ finanzierte Umweltprämie machte sich im Anstieg der Ausgaben der Kapitalrechnung bemerkbar.

2 Vgl. Tabellen 2 bis 8 im Anhang und Grafik 2; Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 16/10985 v. 18.11.2008, Rz. 304 ff., S. 195 ff.; Jahresgutachten 2009/10 zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 17/44 v. 18.11.2009, Rz. 257, S. 176 f.

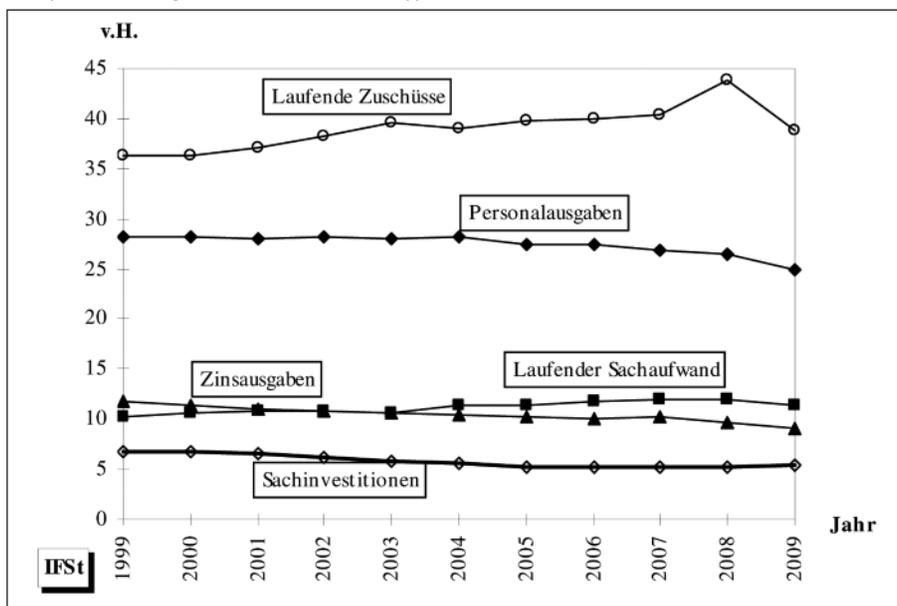
Personalausgaben

Die Personalausgaben der Gebietskörperschaften, die den größten Anteil innerhalb der konsumtiven Ausgaben darstellen, nahmen im Zehnjahreszeitraum unterdurchschnittlich um 9,6 % von 167,9 auf 184 Mrd. € zu. Damit reduzierte sich der Personalausgabenanteil um 3,3 Prozentpunkte auf 24,9 %. Dazu haben die restriktive Personalpolitik bei Bund, Ländern und Gemeinden sowie niedrige Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst beigetragen. In den vergangenen beiden Jahren wurden die Löhne und Gehälter erstmals wieder merklich angehoben. Der daraus resultierende Zuwachs bei den Personalausgaben war 2009 mit 3,2 % der höchste im Untersuchungszeitraum. Gemessen an den Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden aber fiel die Quote der Personalausgaben 2009 mit 35,1 % immerhin noch um 2 Prozentpunkte geringer aus als zehn Jahre zuvor.

Zinsausgaben

Der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben reduzierte sich von 11,7 auf 9,1 %. Er betrug in den Jahren bis 2000 bereits mehr als 11 %. Diese Zinsbelastung, die vor allem deshalb so rasch zunahm, weil der Staat die vereinigungsbedingten Lasten weitgehend über Kredite finanziert hat, engt den finanziellen Spielraum der öffentlichen Hände stark ein und stellt ein großes künftiges Risiko dar. Wegen des Rückgangs der Nominalzinsen auf ein historisch niedriges Niveau ist zwar der Anteil der öffentlichen Zinsausgaben an den Gesamtausgaben heute geringer als vor zehn Jahren, doch angesichts der Möglichkeit wieder steigender Zinsen ist das Haushaltsrisiko bei den Zinsausgaben besonders hoch. Würde die Durchschnittsverzinsung der Staatsschulden um einen Prozentpunkt ansteigen, hätte das Mehrausgaben von rund 17 Mrd. € zur Folge. Das entspräche einem Ausgabenanstieg von 2,3 % und bliebe nicht ohne Auswirkung auf die Neuverschuldung. Schon im Haushaltsjahr 2009 wurde mit 2,6 % der höchste Zinsausgabenzuwachs des Staates während der gesamten Untersuchungsperiode registriert.

Grafik 2: Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009



Laufende Zuschüsse

Mit einem Anstieg um 70,1 Mrd. € (32,5 %) verlief die Entwicklung bei den laufenden Zuschüssen von 216,4 auf 286,5 Mrd. € sehr ungünstig. Sie flossen vor allem den privaten Haushalten (Beispiele: Kindergeld³), Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kriegspopferversorgung, Sozialhilfe) und den Sozialversicherungsträgern zu. Ihr Anteil an den Gesamtausgaben von zurzeit 38,8 % hat sich seit 1999 um 2,5 Prozentpunkte erhöht.

Sachinvestitionen

Einsparerefordernisse haben sich besonders bei den öffentlichen Investitionen ausgewirkt. Im Rahmen der investiven Ausgaben der Kapitalrechnung kommt den Sachinvestitionen die größte Bedeutung zu. Für diesen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung besonders förderlichen Staatsausgabenbereich wurden 2009 mit 40 Mrd. € genau so viel Haushaltsmittel bereitgestellt wie zehn Jahre zuvor. Nachdem der Wiedervereinigungsboom die Sachinvestitionsquote vorübergehend ansteigen ließ, stagnierte das Ausgabevolumen für Sach-

³ Kindergeld nur insoweit, als es nicht unter Berücksichtigung der Neuregelung des Familienleistungsausgleichs 1996 durch den Arbeitgeber ausbezahlt wird.

investitionen schließlich auf niedrigem Niveau und ging nach der Jahrtausendwende stetig weiter zurück. In nahezu jedem Jahr der Untersuchungsperiode hat sich ihr Gesamtausgabenanteil verringert. 2007 und 2008 erreichte er mit jeweils nur 5,2 % sein bisher tiefstes Niveau. Der kräftige Anstieg der staatlichen Sachinvestitionen im vergangenen Jahr um 14 % erhöhte diesen Wert lediglich um 0,2 Prozentpunkte. Der Rückgang der Sachinvestitionen vollzog sich gleichermaßen in West- und Ostdeutschland. Das liegt nicht zuletzt daran, dass Investitionen im Gegensatz zu Personalausgaben und Transferleistungen oft nicht vertraglich oder gesetzlich gebunden sind und damit bei kurzfristigen Sparaktionen eher zur Verfügungsmasse werden.

Ausgabenstruktur bei den einzelnen Gebietskörperschaften⁴

Hinsichtlich der Ausgabenstruktur von Bund, Ländern und Gemeinden ergeben sich wegen der unterschiedlichen Aufgabenbereiche, die die verschiedenen Ebenen wahrzunehmen haben, zum Teil erhebliche Unterschiede bezüglich der Gewichte einzelner Ausgabearten im Rahmen ihrer Gesamtausgaben. Das wird besonders deutlich bei den Personalausgaben und Sachinvestitionen. So fällt bei den Personalausgaben der sehr hohe Gesamtausgabenanteil bei den Ländern von 34,3 % gegenüber 24,9 % bei den Gemeinden und 9,2 % beim Bund auf (Zahlen des Jahres 2009), bedingt durch die staatliche Aufgabenverteilung. Der Gesamtausgabenanteil der Sachinvestitionen im Jahr 2009 ist naturgemäß am höchsten bei den Gemeinden mit 12,6 % gegenüber 2,8 % beim Bund und 2,6 % bei den Ländern. Bei den einzelnen Ausgabearten auf den verschiedenen Ebenen der Gebietskörperschaften weicht die Entwicklung bei den Personalausgaben nicht wesentlich voneinander ab, wohl aber bei den Zins- und Investitionsausgaben.

So hat sich der Personalausgabenanteil im Zehnjahreszeitraum beim Bund, den Ländern und den Gemeinden nur leicht um 1,7 bzw. 3,8 bzw. 2,4 Prozentpunkte verringert. Dahinter verbirgt sich ein moderater Zuwachs der Personalausgaben beim Bund von 1 Mrd. € auf 28 Mrd. €, während sie bei den Ländern um 5,1 Mrd. € auf 99 Mrd. € und bei den Gemeinden um 4,3 Mrd. € auf 43,5 Mrd. € zunahmen. Kaum zugelegt hat dagegen der Bund bei den Zinsausgaben von 41,1 Mrd. € auf 41,5 Mrd. €. 1999 hat der Bund die einigungsbedingten Sonderfonds-Schulden übernommen. Dadurch erhöhte sich der Zinsausgabenanteil sprunghaft um 4,3 Prozentpunkte auf den Spitzenwert von 16,6 %; danach ging er dann wegen der gesunkenen Kapitalmarktzinsen

⁴ Vgl. Tabellen 6 bis 8 im Anhang

sukzessive wieder um rund 3 Prozentpunkte auf 13,7 % zurück. Ebenfalls nur leicht zugenommen hat die Zinslast in den Länderhaushalten von 19,2 Mrd. € auf 21 Mrd. €; dadurch verringerte sich ihr Gesamtausgabenanteil um 0,5 Prozentpunkte auf 7,3 %. Die Zinslasten in den Gemeindehaushalten haben sogar absolut um 0,3 Mrd. € auf 5 Mrd. € abgenommen und fallen mit derzeit 2,9 % der Gesamtausgaben kaum noch ins Gewicht.

Herauszustellen ist außerdem der auf allen drei Ebenen immer weiter schrumpfende Anteil der Sachinvestitionen trotz weiterhin hohen öffentlichen Investitionsbedarfs. Vor allem die Gemeinden sehen oftmals keine andere Möglichkeit, als durch Investitionskürzungen ihre Haushalte zu konsolidieren. Verfügen sie nicht über eine hinreichend umfangreiche „freie Spitze“, ist also der Einnahmenüberschuss im Verwaltungshaushalt nach Abzug der Schuldentilgung nicht groß genug, um anstehende Investitionsprojekte zu realisieren, vermindern sich auch ihre Verschuldungsmöglichkeiten. Bei defizitären Verwaltungshaushalten ist die Streichung oder Streckung von Investitionsprojekten haushaltsrechtlich häufig die einzige Alternative. So verwundert es nicht, dass die Gemeinden in den letzten zehn Jahren ihre Investitionstätigkeit weiter eingeschränkt haben von 24,6 Mrd. € auf 22 Mrd. € und der Anteil ihrer Sachinvestitionen an den Gesamtausgaben um 4,5 Prozentpunkte auf nur noch 12,6 % fiel. Ebenso gingen die Sachinvestitionen der Länder um 0,7 Mrd. € auf 7,5 Mrd. € zurück, was den ohnehin geringen Sachinvestitions-Anteil um 0,7 Prozentpunkte auf 2,6 % fallen ließ. Nur der Bund hat seine Ausgaben für Sachinvestitionen leicht um 1,4 Mrd. € auf 8,5 Mrd. € gesteigert und damit den Sachinvestitions-Anteil auf dem niedrigen Niveau von zurzeit 2,8 % seit der Jahrtausendwende in etwa gehalten. Als Investor haben die Gebietskörperschaften ganz wesentlich an Bedeutung eingebüßt und somit nur geringe Impulse für Konjunktur und Wachstum ausgelöst.

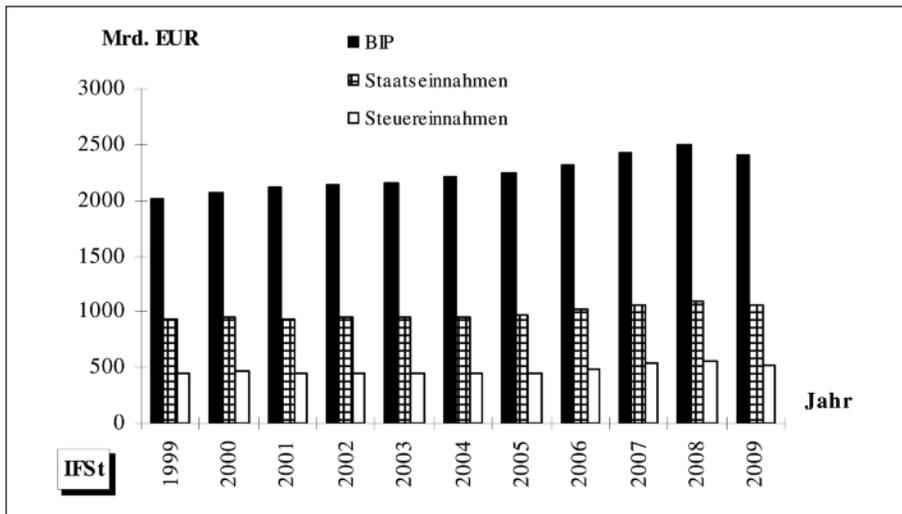
III. Die öffentlichen Einnahmen

1. Die öffentlichen Einnahmen im gesamtwirtschaftlichen Zusammenhang⁵

Steueraufkommen

Bedingt durch die gute Konjunktur und die massive Erhöhung bei den indirekten Steuern hatten sich die Steuereinnahmen 2007 deutlich um knapp 50 Mrd. € oder 10,2 % auf 538,2 Mrd. € erhöht und überstiegen damit erstmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 500 Mrd. €. Dies ist die höchste Zuwachsrate seit der Wiedervereinigung. Auch im Jahr 2008 ist das Steueraufkommen trotz nachlassender Konjunktur nochmals um 4,3 % auf 561,2 Mrd. € gestiegen. Im Zuge der schwersten Rezession der Nachkriegszeit erfolgte dann 2009 mit 6,6 % der stärkste Einbruch bei den Steuereinnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland. Dennoch haben sich innerhalb von 10 Jahren die Steuereinnahmen um 71 Mrd. € und damit um rund 16 % erhöht.

Grafik 3: Bruttoinlandsprodukt und öffentliche Einnahmen



Die *volkswirtschaftliche Steuerquote* liegt mit 21,8 % um 1,8 Prozentpunkte höher als 2004, dem Jahr mit der niedrigsten Steuerquote (20 %) des vergangenen Jahrzehnts.

⁵ Vgl. Tabellen 9 und 10 im Anhang.

Im Jahr 2003 kam der nach der Jahrtausendwende einsetzende Prozess rückläufiger Steuereinnahmen zum Stillstand und mündete in eine Stagnation des Steueraufkommens, die auch im Folgejahr anhielt. Dazu beigetragen haben zwei gegenläufige Entwicklungen: die Senkung des Einkommensteuertarifs einerseits und die Aufkommenssteigerung bei den gewinnabhängigen Steuern aufgrund von Steuerrechtsänderungen und Konjunkturentwicklung andererseits.⁶ Die Zuwachsraten von jeweils 0,1 % dokumentierten diesen Stillstand. Da in den Haushaltsplänen allgemein höhere Steuereinnahmen unterstellt worden waren, hat das ausgebliebene Steuerwachstum wesentlich zur höheren Staatsverschuldung beigetragen.

Erst im Jahr 2005 kam die Wende. Das Steueraufkommen nahm wieder zu, wenn auch zunächst nur um 2,1 %. Schon ein Jahr später erreichte es mit 488,4 Mrd. € ein neues Rekordniveau, das in den beiden Folgejahren abermals übertroffen wurde, dem 2009 schließlich der rezessionsbedingte Steuereinbruch folgte. Die um den Familienleistungsausgleich bereinigte Steuerquote beträgt 23,3 %, 1,5 Prozentpunkte mehr als die offiziell ausgewiesene Steuerquote von nur 21,8 %.⁷

Staatseinnahmen

Die Staatseinnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen wie auch die Staatseinnahmen insgesamt⁸ sind im zehnjährigen Untersuchungszeitraum ungefähr im gleichen Maße gewachsen wie die Steuereinnahmen allein (Gesamtsteigerungsrate 14,3 bzw. 14,1 % gegenüber 15,6%).

Die Entwicklung der *volkswirtschaftlichen Abgabenquote* zeigt, dass der Anstieg aus Steuern und Sozialbeiträgen etwas unter dem des Bruttoinlandsprodukts lag. Mit 40,6 % war die Abgabenquote 2009 1,9 Prozentpunkte niedriger als zehn Jahre zuvor. Steigende Beiträge zur Sozialversicherung und die unbefristete Wiedereinführung des Solidaritätszuschlags führten zu einem Anstieg der Abgabenquote auf ihr bisheriges Höchstniveau von 42,5 % im Jahr 1999. Erst 2001 ging sie dann deutlich um 1,8 Prozentpunkte und bis 2004 nochmals um einen Prozentpunkt auf 39,7 % zurück. Die volkswirtschaftliche

6 Vgl. Jahresgutachten 2004/05 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 15/4300, Rz. 286, S. 218.

7 Vgl. Tabelle 9 Spalte 7 im Anhang; Kindergeldabzug von der Lohnsteuer 2009: 36,9 Mrd. €.

8 Steuern, Sozialbeiträge, sonstige laufende Einnahmen (Einkommen aus Unternehmertätigkeit des Staates und Staatsvermögen, Gebühren, Kostenerstattungen der privaten Haushalte u.ä.) sowie empfangene Vermögensübertragungen.

Abgabenbelastung mit Steuern und Sozialbeiträgen war damit so niedrig wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Zwei Jahre später aber zog sie wieder an um 0,5 Prozentpunkte auf 40,1 % und ist im Jahr 2009 nochmals um 0,5 Prozentpunkte höher mit 40,6 %. Entsprechend verlief die Entwicklung der Staatseinnahmenquote, die von 1999 bis 2004 einen Rückgang um 3,2 Prozentpunkte auf 43,3 % verzeichnete und seither wieder leicht um 1,1 Prozentpunkte zunahm.

In welcher Höhe die Ausgaben der Gebietskörperschaften durch Steuereinnahmen gedeckt werden, lässt sich aus der „*steuerlichen Deckungsquote*“ ablesen. Sie weist in dem dargestellten Zeitraum eine erhebliche Schwankungsbreite von 13,4 Prozentpunkten auf, wobei im Jahr 2009 mit 70,9 % die niedrigste und im Jahr 2007 mit 83,2 % die höchste steuerliche Deckungsquote zu verzeichnen war. 2009 wurden also nur noch sieben Zehntel der Staatsausgaben durch Steuern gedeckt. Ein Jahr vorher waren es noch mehr als vier Fünftel.

Die Schwankungen sind Folge der Wirtschaftsentwicklung, der Änderungen des Steuerrechts und der staatlichen Ausgabenpolitik. Ihr sprunghafter Anstieg um 11,2 Prozentpunkte auf 83,2 % in den Jahren 2006 und 2007 bspw. ist der guten Konjunktur, dem moderaten Wachstum der Ausgaben der Gebietskörperschaften und der kräftigen Anhebung der Mehrwertsteuer zu verdanken. Der abrupte Einbruch im Jahr 2009 um 12,2 Prozentpunkte auf nur noch 70,9 % war Folge der im Herbst 2008 einsetzenden Finanz- und Wirtschaftskrise.

2. Die Struktur der öffentlichen Einnahmen

Einnahmenstruktur⁹

Aus der Einnahmenstruktur wird deutlich, dass neben den Steuern und sonstigen laufenden Einnahmen die Einnahmen im Rahmen der Kapitalrechnung aus Darlehensrückflüssen, Verkauf von Beteiligungen und Vermögensveräußerungen mit 2,9 % der Gesamteinnahmen von geringerer Bedeutung sind. Zehn Jahre zuvor war der Anteil noch mehr als doppelt so hoch. Jeder siebte bis achte Euro floss den Gebietskörperschaften 2009 in Form von Gebühren, Zinseinnahmen, Mieten, Pachten u.ä. laufenden sonstigen Einnahmen zu. Die Zuwächse der wichtigsten Einnahmearten fielen zwar in den einzelnen Jahren

9 Vgl. Tabellen 11 bis 15 im Anhang; Kindergeldabzug von der Lohnsteuer 2009: 36,9 Mrd. €.

sehr unterschiedlich aus, nennenswerte Strukturverschiebungen zwischen den größeren Einnahmeblöcken ergaben sich jedoch nicht. Herauszustellen ist aber, dass der Steueranteil im Jahr 2009 mit 83,8 % nur etwas hinter dem bisherigen Spitzenwert des Jahres 2007 von 84,1 % zurückgefallen ist.

Differenzierter stellt sich die Entwicklung der Einnahmenstruktur auf der Ebene der Gebietskörperschaften dar. Den höchsten Steueranteil an den Gesamteinnahmen verzeichnete der Bund. Dieser schwankte jedoch beträchtlich zwischen 83,2 % im Jahr 2005 und 90,2 % im Jahr 2000. Der zwischenzeitlich zu beobachtende Rückgang des Steueranteils im Bundeshaushalt war verbunden mit dem gleichzeitigen Anstieg des Einnahmenanteils im Rahmen der Kapitalrechnung als Folge von Beteiligungsverkäufen. 2006 schließlich kam die Wende. Der Steueranteil stieg um 4,4 Prozentpunkte auf 87,6 % und 2007 nochmals um 2,4 Prozentpunkte auf 90 %. In den beiden Folgejahren lag er mit 88,5 % wieder auf Normalniveau.

Auch bei den Ländern dominiert der Steueranteil. Er überschritt in allen Jahren des Untersuchungszeitraumes die 70-%-Marke deutlich und erreichte im Jahr 2008 mit 77 % sein Zehnjahreshoch. Im Rezessionsjahr 2009 jedoch fiel der Steueranteil wieder um 2,4 Prozentpunkte auf nur noch 74,6 %. Daneben waren die sonstigen laufenden Einnahmen mit 20,1 % (2009) eine gewichtige Einnahmenquelle für die Länderhaushalte.

Noch gewichtiger sind die sonstigen laufenden Einnahmen – und hier vor allem die Gebühren – für die Gemeinden. Sie erbrachten in jedem Jahr des Analysezeitraumes mehr als die Hälfte der kommunalen Gesamteinnahmen. Die Steuereinnahmen machten 2009 fast vier Zehntel der gemeindlichen Einnahmen aus. 2008 wurde mit 40,9 % der höchste Anteil im Untersuchungszeitraum registriert. 1999 lag ihr Anteil nur bei gut einem Drittel.

Steuerstruktur¹⁰

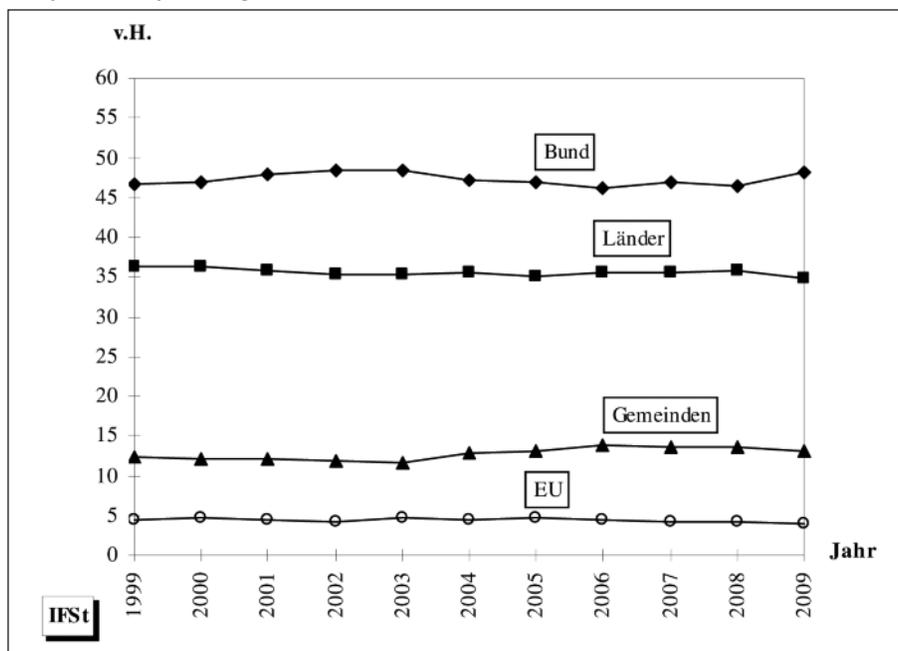
Noch aufschlussreicher ist die Strukturanalyse der Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden. Hier ist festzustellen, dass von 1999 bis 2009

¹⁰ Vgl. Tabellen 16 bis 18 im Anhang sowie Grafik 4 und 5; Jahresgutachten 2008/09 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 16/10985 v. 18.11.2008, Rz. 309 ff., S. 197 ff.; Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 17/44 v. 18.11.2009, Rz. 256.

176; Statistisches Bundesamt (Hrsg.), Bruttoinlandsprodukt 2009, in: Wirtschaft und Statistik 2010, Heft 1, S. 27 f.

die Steuereinnahmen des Bundes mit 19,4 % von 211,7 auf 252,8 Mrd. € etwas stärker zugenommen haben als die Gesamtsteuereinnahmen (15,6 %). Deutlich unterdurchschnittlich mit 10,7 % von 164,7 auf 182,4 Mrd. € war der Zuwachs bei den Ländern. Den größten Zuwachs aber verbuchten die Gemeinden mit 21,5 % von 56,3 auf 68,4 Mrd. €, bedingt vor allem durch den kräftigen Gewerbesteueranstieg seit dem Jahr 2003. In den EU-Haushalt flossen nur 1 % bzw. 0,2 Mrd. € mehr Steuermittel als zehn Jahre zuvor. Mit 20,5 Mrd. € hat sich ihr Anteil an den Gesamtsteuereinnahmen um 0,6 Prozentpunkte auf 3,9 % verringert. Auch verringerte sich der Anteil der Länder am „Steuerkuchen“ um 1,5 Prozentpunkte auf 34,8 %. Die Anteile der Gemeinden und des Bundes nahmen entsprechend zu um 0,7 bzw. 1,5 Prozentpunkte auf 13,1 bzw. 48,2 %.

Grafik 4: Aufteilung der Steuereinnahmen



Von den einzelnen Steuerarten – hier vor allem die gemeinschaftlichen Steuern und die Gewerbesteuern – ist die Umsatzsteuer als inzwischen bedeutendste Einkommensquelle des Staates überdurchschnittlich um 29 % von 137,2 auf 177 Mrd. € angestiegen. Die Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 15 auf 16 % am 1.4.1998 führte zwar zu einem kurzfristigen Einnahmenschub, von 2000 bis 2003 aber ging das Umsatzsteueraufkommen aus Mehr-

wertsteuer und Einfuhrumsatzsteuer Jahr für Jahr zurück. Das ist in der Geschichte dieser normalerweise recht kontinuierlich wachsenden wichtigen Steuerquelle bemerkenswert. Hierzu trug der schwache Konsum bei, aber auch die hohe Zahl der Insolvenzen, bei denen die Unternehmen dem Fiskus häufig die eingekommene Umsatzsteuer schuldig blieben, sowie das Problem des zunehmenden Umsatzsteuerbetrugs.¹¹ Erst seit 2005 zeichnet sich wieder eine positive Entwicklung ab. Besonders im Jahr 2006 stieg das Umsatzsteueraufkommen kräftig an um 5 % und erreichte damit bereits vor der größten Umsatzsteuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik – Erhöhung des Normalsatzes um drei Prozentpunkte auf 19 % zum 1.1.2007 – den neuen Rekordwert von 146,7 Mrd. €. Neben Vorzieheffekten, die sich aber wohl in Grenzen gehalten haben, spielte hier das Anziehen des privaten Konsums eine Rolle. Auch der Umsatzsteuerbetrag konnte wohl zurückgedrängt werden, bei allerdings weiterhin hohem Niveau. Im Jahr 2007 sorgte schließlich die Erhöhung des Normalsatzes der Mehrwertsteuer um 3 Prozentpunkte dafür, dass die Umsatzsteuer ihre Stellung als aufkommensstärkste Einzelsteuer kräftig ausgebaut hat. Seit 1999 übertrifft die Umsatzsteuer die Lohnsteuer, die allerdings nur eine Erhebungsform der Einkommensteuer darstellt, seit 2004 auch die Summe aus veranlagter Einkommensteuer und Lohnsteuer. 2007 ist das Aufkommen um 15,6 % auf 169,6 Mrd. € gestiegen; lässt man die ersten Jahre nach der Wiedervereinigung außer Betracht, ist dies die höchste Steigerungsrate seit Ende der 70er Jahre. Im Folgejahr der Mehrwertsteuererhöhung schrumpfte der Zuwachs mit 3,8 % aufgrund einer verhaltenen Nachfrageentwicklung bei den privaten Konsumausgaben wieder auf Normalmaß. Im Rezessionsjahr 2009 schließlich ist das Umsatzsteueraufkommen sogar noch leicht gestiegen um 0,6 Prozentpunkte auf nunmehr 177 Mrd. €.

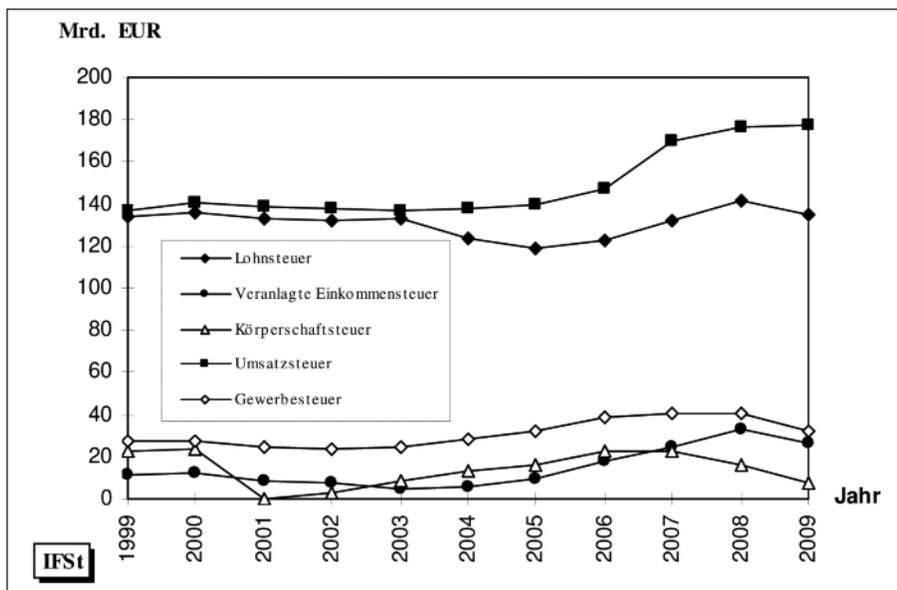
Die Lohnsteuer, die zu den ergiebigsten Steuerquellen mit gewöhnlich überdurchschnittlichen Anstiegsraten zählt, konnte nicht mit der Zuwachsrate der gesamten Steuereinnahmen (15,6 %) Schritt halten. Ihr Aufkommen nahm lediglich um 1 % von 133,8 auf 135,2 Mrd. € zu. Dieses überraschende Ergebnis resultiert sowohl aus der Umstellung des Familienleistungsausgleichs, wonach das Kindergeld, das die Arbeitgeber mit der Lohnsteuer verrechnen, das Lohnsteueraufkommen mindert, als auch aus der in den Jahren 1999 bis 2001 erfolgten Anhebung des Grundfreibetrages. Auch die Kindergelderhöhungen 1999, 2000 und 2002 haben über die Verrechnung mit der Lohnsteuer dämpfend auf das Lohnsteueraufkommen gewirkt.

¹¹ Vgl. Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftliche Entwicklung, BT-Drs. 15/2000, Rz. 277, S. 178.

Und schließlich trugen die Entlastungen beim Steuertarif wie auch die Umsetzung der schon vor Jahren gefällten Urteile des Bundesverfassungsgerichts zum Grundfreibetrag, Familienlastenausgleich und zur Neuordnung der einkommensteuerlichen Behandlung von Altersvorsorgeaufwendungen wesentlich zum Einbruch des Lohnsteueraufkommens bei. Im Jahr 2006 ist erstmals seit langem wieder ein nennenswerter Zuwachs von 3,1 % zu verzeichnen gewesen. Aufgrund der verbesserten Arbeitsmarktlage und Lohnsteigerungen in einigen Branchen nahm die Lohnsteuer in den Jahren 2007 und 2008 sogar um 7,5 % bzw. 7,7 % auf 141,9 Mrd. € zu. Auch dies sind die höchsten Steigerungsraten seit 1992, wobei die Lohnsteuerentwicklung in mehreren Jahren aufgrund von Anhebungen des Kindergeldes unterzeichnet war. In den Jahren 2007 und 2008 hat dagegen der Rückgang der Kindergeldzahlungen aufgrund der abnehmenden Zahl von Kindergeldempfängern den Zuwachs des Lohnsteueraufkommens positiv beeinflusst, neben dem Anstieg der Bruttolohn- und -gehaltssumme und der Steuerprogression. Der Einbruch der Lohnsteuereinnahmen im Krisenjahr 2009 schließlich hielt sich mit 4,7 % auf 135,2 Mrd. € in Grenzen. Ursächlich sind die rückwirkende Wiedergewährung der Pendlerpauschale ab 1.1.2007, die Tarifsenkung in der Einkommensteuer, das höhere Kindergeld und die stark gestiegene Zahl an Kurzarbeitern. Eine aus dem Rahmen fallende Einnahmenentwicklung zeigt sich bei der Körperschaftsteuer. Im Jahr 2000 erreichte das Körperschaftsteueraufkommen sein bisheriges Höchstniveau von 23,6 Mrd. €. Ein Jahr später gab es einen so kräftigen Einbruch der Körperschaftsteuereinnahmen, dass sich erstmals ein negativer Betrag von -0,4 Mrd. € errechnete. Ausschlaggebender Grund dafür war neben der Senkung der Körperschaftsteuersätze und neben der Konjunkturabhängigkeit dieser Steuer vor allem der Wechsel vom Anrechnungs- zum Halbeinkünfteverfahren. Im Rahmen der 15 Jahre geltenden Übergangsregelung können die Unternehmen die auf im Unternehmen verbliebene Gewinne bereits gezahlte Körperschaftsteuer durch Ausschüttung an den Anleger anrechnen lassen, wovon entgegen den Erwartungen der Politik schon im ersten Jahr nach der Reform massiv Gebrauch gemacht wurde. Im Rahmen der Ausschüttungen kommt es zum beobachteten Rückgang der Körperschaftsteuer und spiegelbildlich zu einem kräftigen Anstieg der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag (Kapitalertragsteuer und Zinsabschlag). Danach ging es stetig wieder aufwärts mit dem Körperschaftsteueraufkommen. In den Jahren 2006 und 2007 wurde mit je 22,9 Mrd. € das bisherige Höchstniveau nur knapp verfehlt. Doch ein Jahr später kam der erneute Einbruch. Infolge der Absenkung des Körperschaftsteuersatzes von 25 auf 15 % im Rahmen der Unternehmensteuerreform 2008 ist das Aufkommen um 30,6 % auf 15,9 Mrd. € eingebrochen. Darin

kommt auch die konjunkturelle Eintrübung im Jahresverlauf zum Ausdruck. Im Rezessionsjahr 2009 schließlich hat sich das Körperschaftsteueraufkommen nochmals mehr als halbiert (-54,7 %) auf nur noch 7,2 Mrd. €. Die Konjunkturflaute in der Exportwirtschaft hat die Gewinne deutscher Kapitalgesellschaften nachhaltig beeinträchtigt. Inwieweit die Steuerausfälle zusätzlich auf die Unternehmensteuerreform 2008 zurückzuführen sind, ist unklar.

Grafik 5: Struktur der Steuereinnahmen 1999–2009



Beim Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer wurde im Jahr 2000 mit 12,2 Mrd. € ein Zwischenhoch erreicht, dem aber in den Folgejahren bis 2003 ein Einbruch auf nur noch 4,6 Mrd. € folgte. Allein in 2003 fiel das Aufkommen fast um 40 %, was u.a. auf die gestiegenen Auszahlungen als Vorzieheffekt auf die ab 1.1.2004 abgesenkte Eigenheimzulage und auf zu hohe Einkommensteuer-Vorauszahlungen in den Vorjahren zurückzuführen sein dürfte.¹² Danach kam der Wiederanstieg. Das Aufkommen wuchs fünf Jahre in Folge mit hohen zweistelligen Zuwachsraten auf 32,7 Mrd. € im Jahr 2008. Das ist der höchste Wert in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland und mehr als das Siebenfache des Aufkommens im Rezessionsjahr 2003. Neben der Konjunktur wirkte sich weiterhin der Wegfall der Eigenheimzulage

¹² Vgl. Jahresgutachten 2003/04 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucks. 15/2000, Rz. 275, S. 177.

aus. Zudem galt der Spitzensteuersatz von 45 % für Einkommen ab 250.000 Euro („Reichensteuer“) 2008 erstmals für alle Einkunftsarten. Der erwartete Aufkommenseinbruch im Rezessionsjahr 2009 hielt sich mit rund ein Fünftel auf 26,4 Mrd. € noch in Grenzen.

Das Gewerbesteueraufkommen erreichte 1999 mit 27,1 Mrd. € einen historischen Höchststand, der im Folgejahr zwar nicht mehr übertroffen, wohl aber gehalten werden konnte. In den Jahren 2001 und 2002 ist zwar ein konjunkturbedingter Einnahmenrückgang eingetreten. Von 2003 bis 2008 aber stieg das Aufkommen wieder kontinuierlich an auf 41 Mrd. €. Das war der fünfte Aufkommensrekord bei der Gewerbesteuer in Folge. Nach sechs Jahren des stetigen, teils zweistelligen Zuwachses fiel 2009 das Gewerbesteueraufkommen rezessionsbedingt um rund ein Fünftel.

Auch die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag hatten 2008 mit 30,1 Mrd. Euro einen historischen Höchststand erreicht. Dazu hat der Zinsabschlag 13,5 Mrd. € und die Kapitalertragsteuer 16,6 Mrd. € beigetragen. Beim Zinsabschlag war dies erneut ein Aufkommensrekord. Hier dürften sich die neuen Kontrollmechanismen bei den Zinseinkünften niedergeschlagen haben, zusammen mit der Tatsache, dass der in den letzten Jahren (so auch 2007) mehrfach gesenkte Sparer-Freibetrag von immer mehr Steuerpflichtigen überschritten wird. Bei der Kapitalertragsteuer haben sich u.a. hohe Ausschüttungen im Vorfeld der Umstellung vom Halbeinkünfteverfahren auf die Abgeltungssteuer ab 2009 im Aufkommen niedergeschlagen. Nur im Jahr 2001 – d.h. vor Einführung des Halbeinkünfteverfahrens – war das Aufkommen aus der Kapitalertragsteuer höher als 2008. Die am 1.1.2009 eingeführte Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge, die mit einem Abgeltungssatz von 25 % den nunmehr ehemaligen Zinsabschlag ersetzt hat, führte 2009 lediglich zu einem Aufkommensrückgang um rund 8 % auf 12,4 Mrd. €, während der rezessionsbedingte Kapitalertragsteuerausfall mit rund ein Viertel auf 12,5 Mrd. € wesentlich stärker zu Buche schlug. Dadurch reduzierte sich das gesamte Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag um 5,2 Mrd. € bzw. 17,3 % auf 24,9 Mrd. €.

Erwähnenswert ist noch die Entwicklung der so genannten umweltbezogenen Steuern. Dazu gehören die Energie-, die Kfz- und die 1999 eingeführte Stromsteuer. Sie sind trotz mehrerer Erhöhungen der zur Energiesteuer umgetauften Mineralölsteuer innerhalb von einem Jahrzehnt nur durchschnittlich um 19,6 % auf 54,3 Mrd. € gestiegen und haben damit ihren Anteil an den gesamten Steuereinnahmen im Untersuchungszeitraum von 10 % kaum ausbau-

en können. Die Einnahmen aus der Energiesteuer als aufkommensstärkste Verbrauchsteuer nahmen angesichts hoher Energiepreise und dadurch bedingter Verbrauchszurückhaltung im vergangenen Jahr kaum zu. Seit 2003 hat sich ihr Aufkommen sogar um rund 8 % verringert.

Die Struktur des Steueraufkommens hat sich gegenüber 1999 leicht verändert. Damals betrug der Anteil der direkten Steuern etwas mehr als die Hälfte und der Anteil der indirekten Steuern etwas weniger als die Hälfte der Steuereinnahmen. Die direkten Steuern (Steuern auf das Einkommen und Vermögen zzgl. der Erbschaftsteuer), die die Investitionsfähigkeit, die Investitionsbereitschaft und den Leistungswillen der Steuerzahler beeinträchtigen, verloren seither etwas an Gewicht. Ihr Anteil schrumpfte um 2,7 Prozentpunkte von 51,9 auf 49,2 %, während der Anteil der indirekten Steuern (Steuern auf die Einkommensverwendung zzgl. der Grunderwerbsteuer) entsprechend um 2,7 Prozentpunkte von 48,1 auf 50,8 % zulegte¹³. Im Jahr 2001 lag der Anteil der direkten Steuern erstmals unter dem der indirekten Steuern. Dieser Prozess setzte sich zunächst nur bis 2003 fort. Seit 2004 nahm der Anteil der direkten Steuern wieder zu und durchbrach 2006 erneut die 50 %-Grenze. Erst 2009 überwog dann wieder der Anteil der indirekten Steuern.

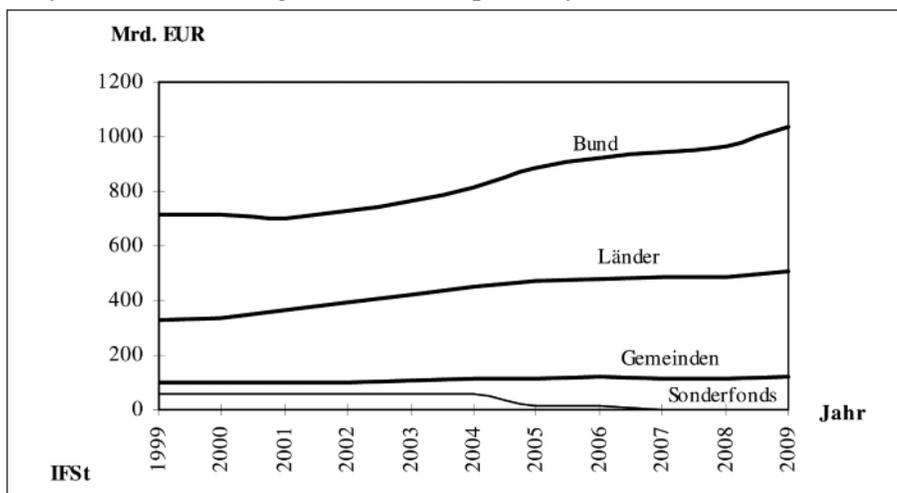
¹³ Vgl. BMF-Finanzbericht 2009, S. 130 und 2010, S. 136.

IV. Die öffentliche Verschuldung

1. Schuldenstand¹⁴

Die öffentliche Verschuldung¹⁵ hat in dem zehnjährigen Untersuchungszeitraum erheblich zugenommen. Von 1999 bis 2009 erhöhte sich der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte um 38,2 % von 1.200 auf 1.656,5 Mrd. €. Kurz nach der Wiedervereinigung im Haushaltsjahr 1992 hatten die deutschen Gebietskörperschaften mit 687,8 Mrd. € nicht einmal halb so hohe Schulden (41,5 %) wie 2009.

Grafik 6: Verschuldung der Gebietskörperschaften 1999–2009



Für die Beurteilung der Schuldenstandsentwicklung bei den Gebietskörperschaften ist die Verlagerung von Schulden der Sonderfonds auf den Bund zu berücksichtigen. Im Jahr 1999 sind die Schulden des Erblastentilgungsfonds zzgl. des Bundeseisenbahnvermögens und des Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz auf den Bund übergegangen. Das hat zwar zu mehr Transparenz in der

14 Vgl. Tabellen 19 und 20 im Anhang sowie Grafik 6; Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucks. 17/44 v. 18.11.2009, Rz. 253ff, S. 174 f.

15 Gemeint sind die „fundierte Schulden“. Damit werden in der Finanzstatistik solche Schulden bezeichnet, deren Laufzeit über eine Haushaltsperiode hinausgeht. Im Gegensatz dazu versteht man unter „schwebenden Schulden“ jene öffentlichen Schulden, die nur zur Überbrückung vorübergehender Kassenanspannungen dienen.

öffentlichen Verschuldung geführt, mittelfristig aber den Konsolidierungsdruck auf den Bundeshaushalt aufgrund der vorher bestandenen Tilgungsverpflichtungen der Sondervermögen verringert.¹⁶

Mit der Übernahme der Schulden dieser Sonderfonds schnellten die Bundesschulden 1999 gegenüber dem Vorjahr um 45,8 % auf 714,1 Mrd. € in die Höhe. Im Zehnjahresvergleich von 1999 bis 2009 steigerte der Bund diese Schulden nochmals um 44,7 %. Darin sind auch die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ und des ERP Sondervermögens enthalten, die auf den Bund ab 2005 bzw. ab Juli 2007 übergegangen sind. Damit liegt der Bund aber noch unter dem Verschuldungszuwachs der Länder, deren Schulden seit 1999 um 54,3 % angestiegen sind. Am geringsten war der Schuldenzuwachs mit 15,6 % bei den Gemeinden. Das liegt an den eingeschränkten Möglichkeiten zur Aufnahme langfristiger kommunaler Kredite. Sie bedürfen in der Regel der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Ihr Anteil an den öffentlichen Gesamtschulden hat sich stetig um 1,4 Prozentpunkte auf 7,1 % verringert. Der Schuldenanteil der Länder nahm dagegen deutlich um 3,2 Prozentpunkte auf 30,5 % zu, gefolgt vom Bund mit 2,9 Prozentpunkten auf 62,4 %.

Insgesamt beliefen sich die Schulden der öffentlichen Hände am Jahresende 2009 auf 1.656,5 Mrd. €. Das ist gegenüber dem Vorjahr ein Zuwachs von 5,9 %. Nach der UMTS-bedingten Verringerung der Bundesschulden im Jahr 2001 um 2,1 % hat sich das Wachstum des Schuldenstandes auf Bundesebene wieder deutlich beschleunigt; 2005 betrug die Zuwachsrate 9,1 %. Ausschlaggebend dafür ist der Einnahmenrückgang, der sowohl auf Steuersenkungen als auch auf eine konjunkturbedingte Einnahmeschwäche zurückzuführen ist. Zwar sind die Steuereinnahmen im Jahr 2005 erstmals wieder gestiegen, im gleichen Jahr aber übernahm der Bund die Schulden des Fonds „Deutsche Einheit“ in Höhe von rund 39 Mrd. €. 2006 und 2007 ist dann auf allen Ebenen der Gebietskörperschaften aufgrund verbesserter Einnahmen das Schuldenwachstum gebremst worden.

Im Jahr 2008 wurde dieser Konsolidierungsprozess aber nicht fortgesetzt. Während zwar die Länder und Gemeinden sogar Schulden abbauten, hat der Bund trotz noch gut laufender Konjunktur mit einem Schuldenzuwachs von 26 Mrd. € (2,8 %) deren Sparanstrengungen mehr als überkompensiert. Besonders im Krisenjahr 2009 war das Schuldenwachstum des Bundes mit 6,9 %

¹⁶ Vgl. *Esser*, Zur Einbeziehung einiger Sondervermögen in den Bundeshaushalt, IFSt-Schrift Nr. 371, 1999.

wesentlich höher als bei den Ländern mit 4,4 % und den Gemeinden mit 3,3 %. Stützungsmaßnahmen für den Finanzsektor und die Konjunktur, krisenbedingte Steuerausfälle und steigende Ausgaben für Sozialtransfers haben sein Budget am stärksten tangiert.

In der für das EWU-Konvergenzkriterium maßgeblichen Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ergibt sich für 2009 eine Verschuldung von 1.762 Mrd. €. ¹⁷ Das sind 73,1 % des Bruttoinlandsprodukts. Im Jahr 2002 überstieg der Schuldenstand des deutschen Gesamtstaates (einschließlich Sozialversicherungen) erstmals die im Maastricht-Vertrag festgelegte kritische Grenze von 60 % des BIP. Nach weiteren drei Jahren ungehemmten Schuldenwachstums erreichte die Quote mit 68 % ihr bisheriges Höchstniveau, das auch im Folgejahr 2006 kaum unterschritten wurde. Im Jahr 2007 erfolgte dann zwar eine deutliche Absenkung der Schuldenstandsquote um 2,6 Prozentpunkte, die aber schon ein Jahr später in einen erneuten Anstieg um einen Prozentpunkt mündete. Im Krisenjahr 2009 schließlich sprang die Verschuldungsquote um 7,1 Prozentpunkte auf das neue Rekordniveau von 73,1 %. Das Schuldenstands-Kriterium von 60 % des BIP wird somit weiterhin – das achte Jahr in Folge – verfehlt.

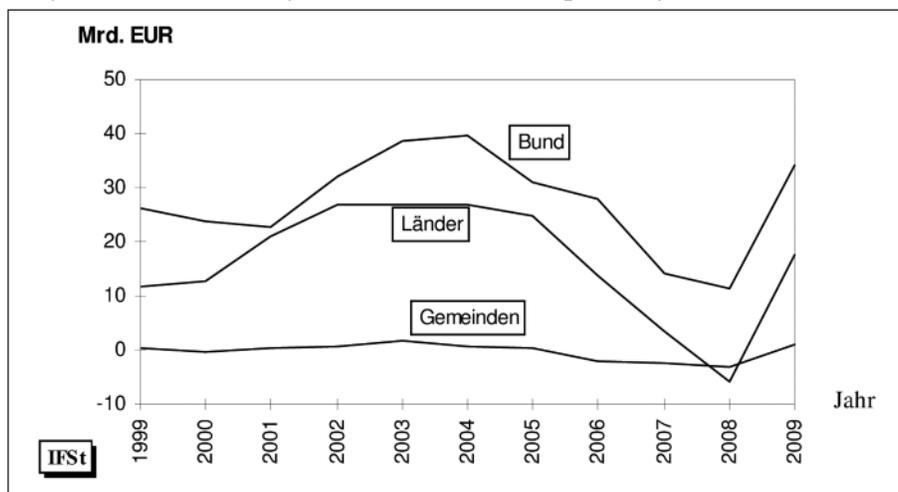
2. Nettokreditaufnahme¹⁸

Nach dem Rekorddefizit in den Haushalten der deutschen Gebietskörperschaften mit 63,3 Mrd. € im Jahr 1996 ging die Nettokreditaufnahme zwar Jahr für Jahr spürbar zurück bis auf 36,4 Mrd. € im Jahr 2000, doch diese Tendenz hat sich leider wieder umgekehrt. In den Jahren 2003 und 2004 erreichte die Neuverschuldung mit jeweils rund 67 Mrd. € ein neues Spitzenniveau. Bis 2008 wurde dann zwar das Gesamtdefizit von Bund, Ländern und Gemeinden schrittweise fast vollständig abgebaut. Mit der Finanzkrise aber nahm auch die Konsolidierungsphase bei den Gebietskörperschaften ein jähes Ende. Programme zur Stützung des Bankensektors und der Konjunktur machten ihre Konsolidierungserfolge zunichte und ließen 2009 ihre Neuverschuldung fast auf das alte Niveau katapultieren.

¹⁷ Vgl. Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 2010, Heft 6, S. 54*.

¹⁸ Vgl. Tabelle 21 im Anhang und Grafik 7; Jahresgutachten 2009/10 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drs. 17/44 v. 18.11.2009, Rz. 263 f., S. 180 f.

Grafik 7: Nettokreditaufnahme der Gebietskörperschaften 1999–2009



2009 lag die Neuverschuldung der Gebietskörperschaften mit 52,7 Mrd. € bei 2,2 % des gesamtdeutschen Bruttoinlandsproduktes. Die Länder schlossen das Jahr mit erheblichen Finanzierungslücken von 17,7 Mrd. € ab, nachdem sie im Vorjahr noch Überschüsse erzielt hatten, genau so wie die Gemeinden, die drei Jahre lang Überschüsse auswiesen und nun wieder mit knapp einer Mrd. € in die Verlustzone geraten sind. Massiv verschlechtert hat sich auch die Budgetlage des Bundes, dessen Defizit um 22,6 Mrd. € auf 34,1 Mrd. € anstieg. Nach der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (EVSG 1995), wie sie dem Maastrichter Vertrag zugrunde liegt und in der die Finanzsalden der Sozialversicherungsträger und der Sondervermögen einbezogen sind, hat der deutsche Gesamtstaat, nachdem sein Defizit in den Jahren zuvor deutlich zurückgegangen war und im Jahr 2008 erstmals nach 1989 sogar der lang ersehnte Haushaltsausgleich geschafft wurde, wieder den Grenzwert überschritten. Der von der Deutschen Bundesbank ausgewiesene Finanzierungssaldo beträgt -3,1 % des Bruttoinlandsproduktes.¹⁹ Das war ein Ergebnis, das angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise noch hinnehmbar erscheint. Die Neuverschuldungsgrenze des Maastrichter Vertrages von 3 % des Bruttoinlandsproduktes wurde nach drei Jahren der Zieleinhaltung wieder knapp verfehlt. Langfristig wird für die Schuldenentwicklung von Bedeutung sein, ob die dank der Föderalismuskommission inzwischen im Grundgesetz verankerte neue „Schuldenbremse“ ihre volle Wirksamkeit entfalten wird. Die bisherige

¹⁹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S. 54

ge Verschuldungsgrenze des Art. 115 Grundgesetz blieb trotz ihrer prinzipiell sachgerechten Verknüpfung des Verschuldungsspielraums mit den Investitionen unzureichend, da der Investitionsbegriff und die Ausnahmeklausel des Art. 115 von der Politik extensiv ausgelegt wurde, um den Verschuldungsspielraum gegen den Geist des Art.115 auszuweiten. Die neue Schuldenbremse schreibt nun vor, dass das um konjunkturelle Einflüsse bereinigte Defizit des Bundes bis 2016 auf 0,35 % des Bruttoinlandsprodukts sinken muss. Die Länder dürfen ab 2020 keine neuen Schulden mehr machen. Das ist noch strenger als die Vorgaben des Europäischen Stabilitäts- und Wachstumspakts, der ein gesamtstaatliches strukturelles Defizit von 0,5 % des Bruttoinlandsprodukts erlaubt.

V. Tabellen

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und öffentliche Ausgaben 1999–2009
– Mrd. € und % –

Tabelle 2: Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– Mrd. € –

Tabelle 3: Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– % der Gesamtausgaben –

Tabelle 4: Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– Zuwachsraten, 1999 = 100 –

Tabelle 5: Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– Veränderungen gegenüber Vorjahr in % –

Tabelle 6: Ausgabenstruktur des Bundes 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamtausgaben –

Tabelle 7: Ausgabenstruktur der Länder 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamtausgaben –

Tabelle 8: Ausgabenstruktur der Gemeinden 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamtausgaben –

Tabelle 9: Bruttoinlandsprodukt, öffentliche Ausgaben und öffentliche Einnahmen 1999–2009 – Mrd. € und % –

Tabelle 10: Bruttoinlandsprodukt, öffentliche Ausgaben und öffentliche Einnahmen 1999–2009 – Zuwachsraten –

Tabelle 11: Einnahmenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamteinnahmen –

Tabelle 12: Einnahmenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999–2009
– Zuwachsraten –

Tabelle 13: Einnahmenstruktur des Bundes 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamteinnahmen –

Tabelle 14: Einnahmenstruktur der Länder 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamteinnahmen –

Tabelle 15: Einnahmenstruktur der Gemeinden 1999–2009
– Mrd. € und % der Gesamteinnahmen –

Tabelle 16: Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften nach Steuerarten
1999–2009 – Mrd. € –

Tabelle 17: Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften
1999–2009 – Mrd. € –

Tabelle 18: Steuereinnahmen nach Steuergruppen 1999–2009
– % der Gesamteinnahmen –

Tabelle 19: Verschuldung der öffentlichen Haushalte nach Entstehungsbereichen
1999–2009 – Mrd. € und % der Gesamtschulden –

Tabelle 20: Verschuldung der öffentlichen Haushalte nach Entstehungsbereichen
1999–2009 – Zuwachsraten –

Tabelle 21: Nettokreditaufnahme Bund, Länder und Gemeinden 1999–2009
– Mrd. €, Anteil in %, Zuwachsraten –

Tabelle 1

Bruttoinlandsprodukt und öffentliche Ausgaben 1999 - 2009

Jahr	Bruttoinlands- produkt ¹⁾	Ausgaben ²⁾ der öffentlichen Haushalte ³⁾	Staatsaus- gaben ⁴⁾	Quote der Aus- gaben der öffentli- chen Haushalte	Staatsaus- gabenquote
	1	2	3	4	5
	- in Mrd. € -			Spalte 2 in v.H. von Spalte 1	Spalte 3 in v.H. von Spalte 1
1999	2.012,0	597,2	966,0	29,7	48,0
2000	2.062,5	599,1	930,8	29,0	45,1
2001	2.113,2	604,3	1.001,4	28,6	47,4
2002	2.143,2	612,9	1.027,2	28,6	47,9
2003	2.163,8	620,7	1.046,8	28,7	48,4
2004	2.210,9	615,3	1.039,6	27,8	47,0
2005	2.243,2	627,7	1.052,6	28,0	46,9
2006	2.321,5	639,6	1.052,3	27,6	45,3
2007	2.428,2	647,2	1.060,7	26,7	43,7
2008 ⁶⁾	2.495,8	675,4	1.090,8	27,1	43,7
2009 ⁶⁾	2.404,4	739,5	1.144,9	30,8	47,6
- 1999 = 100 -					
1999	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2000	102,5	100,3	96,4	97,9	94,0
2001	105,0	101,2	103,7	96,3	98,7
2002	106,5	102,6	106,3	96,3	99,8
2003	107,5	103,9	108,4	96,6	100,8
2004	109,9	103,0	107,6	93,8	97,9
2005	111,5	105,1	109,0	94,3	97,7
2006	115,4	107,1	108,9	92,8	94,4
2007	120,7	108,4	109,8	89,8	91,0
2008	124,0	113,1	112,9	91,2	91,0
2009	119,5	123,8	118,5	103,6	99,2
- Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H. -					
1999	2,4	2,9	2,7	0,5	0,3
2000	2,5	0,3	-3,6	-2,1	-6,0
2001	2,5	0,9	7,6	-1,6	5,0
2002	1,4	1,4	2,6	0,0	1,1
2003	1,0	1,3	1,9	0,3	0,9
2004	2,2	-0,9	-0,7	-3,0	-2,8
2005	1,5	2,0	1,3	0,5	-0,2
2006	3,5	1,9	0,0	-1,5	-3,4
2007	4,6	1,2	0,8	-3,3	-3,6
2008	2,8	4,4	2,8	1,5	0,1
2009	-3,7	9,5	5,0	13,7	8,9

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) In jeweiligen Preisen.
- 2) Abgrenzung nach der Finanzstatistik; ohne Zuführung an Rücklagen und Schuldentilgung.
- 3) Bund, Länder, Gemeinden (GV), Lastenausgleichsfonds (bis 2004), ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds "Deutsche Einheit" (bis 2004), Bundeseisenbahnvermögen (ab 1994), Entschädigungsfonds (ab 1994), Erblastentilgungsfonds (ab 1995), Fonds Aufbauhilfe (ab 2000), Steinkohlefonds (ab 1996).
- 4) Abgrenzung nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; 2000 einschließlich der im Saldo "Nettozugang an nichtproduzierten Vermögensgütern" verbuchten UMTS-Erlöse aus der Mobilfunklizenzversteigerung in Höhe von 50,8 Mrd. Euro.
- 5) Vorläufiges Ergebnis.
- 6) Vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung.

Quellen: Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, versch. Jge., ab 2007 Jg. 2010, Heft 1, S. 14 und 27; BMF-Finanzbericht 2010, S. 126.

Tabelle 2

Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009

Mrd. €

Ausgabearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁵⁾
Laufende Rechnung	515,5	515,6	522,5	537,5	549,1	548,5	557,3	571,2	580,2	594,9	618,0
Personalausgaben	167,9	168,5	168,6	172,5	173,9	173,3	171,8	175,5	174,0	178,3	184,0
Laufender Sachaufwand	61,5	63,0	65,1	65,9	66,6	70,2	71,8	75,0	76,8	80,4	83,5
Zinsausgaben	69,6	67,5	66,3	66,0	65,7	64,8	64,1	64,6	66,0	65,8	67,5
Laufende Zuschüsse ¹⁾	216,4	216,7	222,5	233,9	245,0	240,9	250,0	255,1	261,7	296,6	286,5
Kapitalrechnung	79,7	81,4	79,1	73,9	71,7	66,9	70,3	68,4	67,0	80,6	121,0
Sachinvestitionen ²⁾	39,9	40,0	39,5	38,1	36,3	34,4	33,1	33,7	33,8	35,1	40,0
Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen ³⁾	39,8	41,4	39,7	34,5	34,3	31,5	35,7	33,0	32,2	44,1	78,5
Saldo im Verrechnungsverkehr	2,0	2,1	2,0	0,7	2,5	0,2	1,3	0,6	2,9	0,8	-1,0
Ausgaben insgesamt⁴⁾	597,2	599,1	603,6	612,1	623,3	615,3	627,7	639,6	647,2	675,4	739,5

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) Laufende Übertragungen an private Haushalte (z.B. Kindergeld, Arbeitslosengeld II, Wohngeld, Kriegsopterversorgung, Sozialhilfe), an Organisationen ohne Erwerbscharakter, an Sozialversicherungsträger, an Unternehmen und an das Ausland.
- 2) Grunderwerb, Bauten, Anschaffung von beweglichem Vermögen.
- 3) Investitionszuschüsse und sonstige Vermögensübertragungen an andere Bereiche; Wirtschaftsförderung einschl. Energiebereich, sozialer Wohnungsbau, Städtebau, Forschung außerhalb der Hochschule, Zuschüsse an Deutsche Bundesbahn und Deutsche Bundespost, Entwicklungshilfe u.ä.m. sowie Darlehen und Beteiligungen an andere Bereiche (Finanzinvestitionen).
- 4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge; Differenzen in den Summen der Gesamtausgaben einiger Jahre stellen Salden im Verrechnungsverkehr dar.
- 5) Schätzung Juli 2009.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 bis 2010.

Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009
v.H. der Gesamtausgaben

Ausgabearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Laufende Rechnung	86,6	86,4	86,9	87,9	88,5	89,1	88,8	89,3	89,6	88,1	83,6
Personalausgaben	28,2	28,2	28,0	28,2	28,0	28,2	27,4	27,4	26,9	26,4	24,9
Laufender Sachaufwand	10,3	10,6	10,8	10,8	10,7	11,4	11,4	11,7	11,9	11,9	11,3
Zinsausgaben	11,7	11,3	11,0	10,8	10,6	10,5	10,2	10,1	10,2	9,7	9,1
Laufende Zuschüsse	36,3	36,3	37,0	38,3	39,5	39,1	39,8	39,9	40,4	43,9	38,8
Kapitalrechnung	13,4	13,6	13,1	12,1	11,5	10,9	11,2	10,7	10,4	11,9	16,4
Sachinvestitionen	6,7	6,7	6,6	6,2	5,8	5,6	5,3	5,3	5,2	5,2	5,4
Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen	6,7	6,9	6,6	5,6	5,5	5,1	5,7	5,2	5,0	6,5	10,6
Ausgaben insgesamt¹⁾	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Berechnet aus Tabelle 2.

1) Ohne Saldo im Verrechnungsverkehr.

Tabelle 4

Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009

Zuwachsraten, 1999 = 100

Ausgabearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Laufende Rechnung	100,0	100,0	101,4	104,3	106,5	106,4	108,1	110,8	112,6	115,4	119,9
Personalausgaben	100,0	100,4	100,4	102,7	103,6	103,2	102,3	104,5	103,6	106,2	109,6
Laufender Sachaufwand	100,0	102,4	105,9	107,2	108,3	114,1	116,7	122,0	124,9	130,7	135,8
Zinsausgaben	100,0	97,0	95,3	94,8	94,4	93,1	92,1	92,8	94,8	94,5	97,0
Laufende Zuschüsse	100,0	100,1	102,8	108,1	113,2	111,3	115,5	117,9	120,9	137,1	132,4
Kapitalrechnung	100,0	102,1	99,2	92,7	90,0	83,9	88,2	85,8	84,1	101,1	151,8
Sachinvestitionen	100,0	100,3	99,0	95,5	91,0	86,2	83,0	84,5	84,7	88,0	100,3
Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen	100,0	104,0	99,7	86,7	86,2	79,1	89,7	82,9	80,9	110,8	197,2
Ausgaben insgesamt	100,0	100,3	101,1	102,5	104,4	103,0	105,1	107,1	108,4	113,1	123,8

*) Berechnet aus Tabelle 2.

Ausgabenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009
Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H.

Ausgabenarten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Laufende Rechnung	3,7	0,0	1,3	2,9	2,2	-0,1	1,6	2,5	1,6	2,5	3,9
Personalausgaben	1,4	0,4	0,1	2,3	0,8	-0,3	-0,9	2,2	-0,9	2,5	3,2
Laufender Sachaufwand	3,2	2,4	3,3	1,2	1,1	5,4	2,3	4,5	2,4	4,7	3,9
Zinsausgaben	2,1	-3,0	-1,8	-0,5	-0,5	-1,4	-1,1	0,8	2,2	-0,3	2,6
Laufende Zuschüsse	6,2	0,1	2,7	5,1	4,7	-1,7	3,8	2,0	2,6	13,3	-3,4
Kapitalrechnung	-2,7	2,1	-2,8	-6,6	-3,0	-6,7	5,1	-2,7	-2,0	20,3	50,1
Sachinvestitionen	0,8	0,3	-1,3	-3,5	-4,7	-5,2	-3,8	1,8	0,3	3,8	14,0
Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen	-5,7	4,0	-4,1	-13,1	-0,6	-8,2	13,3	-7,6	-2,4	37,0	78,0
Ausgaben insgesamt	2,9	0,3	0,8	1,4	1,8	-1,3	2,0	1,9	1,2	4,4	9,5

*) Berechnet aus Tabelle 2.

Tabelle 6

Ausgabenstruktur des Bundes 1999 - 2009

Ausgabenarten	1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009 ⁵⁾	
	Mrd.	v.H.	Mrd.	v.H.																		
Laufende Rechnung	217,6	88,1	213,3	87,3	215,4	88,5	224,6	90,1	230,6	89,8	228,9	91,0	235,7	90,7	237,9	91,1	243,9	90,2	255,4	90,5	270,0	89,0
- Personalausgaben	27,0	10,9	26,5	10,8	26,8	11,0	27,0	10,8	27,1	10,6	26,8	10,7	26,4	10,2	26,1	10,0	26,0	9,6	27,0	9,6	28,0	9,2
- Laufender Sachaufwand	15,5	6,3	15,9	6,5	17,7	7,3	17,1	6,9	15,9	6,2	16,9	6,7	17,7	6,8	18,3	7,0	18,8	7,0	19,7	7,0	21,0	6,9
- Zinsausgaben	41,1	16,6	39,1	16,0	37,6	15,5	37,1	14,9	36,9	14,4	36,3	14,4	37,4	14,4	37,5	14,4	38,7	14,3	40,2	14,2	41,5	13,7
- Laufende Zuschüsse ¹⁾	117,7	47,7	115,7	47,3	119,6	49,2	128,6	51,6	134,5	52,4	134,2	53,3	140,4	54,0	142,1	54,4	146,4	54,1	155,5	55,1	165,0	54,4
- Laufende Zuweisungen an Verwaltungen	16,3	6,6	16,1	6,6	13,6	5,6	14,9	6,0	16,3	6,3	14,8	5,9	13,9	5,3	13,9	5,3	14,0	5,2	12,9	4,6	15,0	4,9
Kapitalrechnung	29,2	11,8	31,1	12,7	27,9	11,5	24,7	9,9	26,1	10,2	22,7	9,0	24,1	9,3	23,1	8,9	26,6	9,8	27,0	9,6	33,0	10,9
- Sachinvestitionen ²⁾	7,1	2,9	6,7	2,7	6,9	2,8	6,7	2,7	6,7	2,6	6,9	2,7	7,2	2,8	7,1	2,7	6,9	2,6	7,2	2,6	8,5	2,8
- Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen an andere Bereiche ³⁾	11,4	4,6	14,1	5,8	11,3	4,6	11,4	4,6	11,3	4,4	10,2	4,1	11,2	4,3	10,2	3,9	11,4	4,2	14,0	5,0	19,5	6,4
- Vermögensübertragungen und Darlehen an Verwaltungen	10,8	4,4	10,2	4,2	9,7	4,0	6,5	2,6	8,1	3,2	5,7	2,3	5,6	2,2	5,8	2,2	8,2	3,0	5,7	2,0	5,0	1,6
Ausgaben insgesamt ⁴⁾	246,9	100,0	244,4	100,0	243,3	100,0	249,4	100,0	256,7	100,0	251,6	100,0	259,9	100,0	261,0	100,0	270,5	100,0	282,3	100,0	303,5	100,0

*8) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Laufende Übertragungen an Unternehmen, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Sozialversicherungsträger und Ausland.

2) Grunderwerb, Bauten, Anschaffung von beweglichem Vermögen.

3) Investitionszuschüsse und sonstige Vermögensübertragungen.

4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

5) Schätzung Juli 2009.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010.

Tabelle 7

Ausgabenstruktur der Länder 1999 - 2009

Mrd. € und v.H. der Gesamtausgaben

Ausgabenarten	1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009 ⁵⁾	
	Mrd. €	v.H.	Mrd. €	v.H.																		
Laufende Rechnung	208,8	84,7	212,2	84,6	216,9	85,0	223,1	86,6	223,3	86,0	224,1	87,2	224,9	86,5	228,1	87,7	233,7	88,2	240,2	87,4	245,0	84,8
- Personalausgaben	93,9	38,1	94,7	37,8	94,5	37,0	97,8	38,0	97,8	37,7	98,1	38,2	97,1	37,3	95,3	36,7	95,4	36,0	95,9	34,9	99,0	34,3
- Laufender Sachaufwand	18,1	7,3	18,7	7,5	18,9	7,4	20,4	7,9	19,9	7,7	22,1	8,6	22,3	8,6	22,1	8,5	23,3	8,8	24,5	8,9	24,5	8,5
- Zinsausgaben	19,2	7,8	19,1	7,6	19,6	7,7	20,1	7,8	20,7	8,0	20,9	8,1	20,9	8,0	21,4	8,2	21,1	8,0	21,1	7,7	21,0	7,3
- Laufende Zinschüsse ¹⁾	37,2	15,1	37,4	14,9	40,6	15,9	41,7	16,2	42,4	16,3	40,4	15,7	37,8	14,5	41,4	15,9	41,2	15,6	42,3	15,4	45,0	15,6
- Laufende Zuweisungen an Verwaltungen	40,6	16,5	42,3	16,9	43,3	17,0	43,0	16,7	42,6	16,4	42,6	16,6	46,7	18,0	47,9	18,4	52,7	19,9	56,4	20,5	55,5	19,2
Kapitalrechnung	37,6	15,3	38,5	15,4	38,2	15,0	34,7	13,5	36,4	14,0	33,0	12,8	35,1	13,5	32,0	12,3	31,2	11,8	34,7	12,6	44,0	15,2
- Sachinvestitionen ²⁾	8,2	3,3	8,5	3,4	8,0	3,1	7,6	2,9	7,4	2,8	7,0	2,7	6,4	2,5	6,6	2,5	6,2	2,3	6,4	2,3	7,5	2,6
- Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen an andere Bereiche ³⁾																						
- Vermögensübertragungen und Darlehen an Verwaltungen	17,3	7,0	17,0	6,8	19,7	7,7	15,8	6,1	16,0	6,2	14,9	5,8	18,1	7,0	14,6	5,6	14,3	5,4	17,4	6,3	22,0	7,6
Ausgaben insgesamt ⁴⁾	246,4	100,0	250,7	100,0	255,1	100,0	257,7	100,0	259,7	100,0	257,1	100,0	260,0	100,0	260,0	100,0	264,9	100,0	274,9	100,0	289,0	100,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Laufende Übertragungen an Unternehmen, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter.

2) Grunderwerb, Bauten, Anschaffung von beweglichem Vermögen.

3) Investitionszuschüsse und sonstige Vermögensübertragungen.

4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

5) Schätzung Juli 2009.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010.

Tabelle 8

Ausgabenstruktur der Gemeinden 1999 - 2009

Mrd. € und v.H. der Gesamtausgaben

Ausgabenarten	1999		2000		2001		2002		2003		2004		2005		2006		2007		2008		2009 ⁵⁾	
	Mrd. €	v.H.	Mrd. €	v.H.																		
Laufende Rechnung	113,8	79,2	116,2	79,5	118,1	79,9	121,3	80,9	123,6	82,5	125,8	83,8	129,6	84,6	133,2	84,6	136,1	84,7	142,0	84,9	147,5	84,3
- Personalausgaben	39,2	27,3	39,5	27,0	39,3	26,6	40,0	26,7	40,5	27,0	40,5	27,0	40,7	26,6	40,7	25,9	40,5	25,2	42,2	25,2	43,5	24,9
- Laufender Sachaufwand	27,5	19,1	28,2	19,3	28,6	19,3	29,4	19,6	29,4	19,6	29,7	19,8	30,2	19,7	32,1	20,4	33,0	20,5	34,5	20,6	36,0	20,6
- Zinsausgaben	5,3	3,7	5,3	3,6	5,3	3,6	5,2	3,5	5,0	3,3	4,8	3,2	4,7	3,1	4,9	3,1	5,1	3,2	5,1	3,0	5,0	2,9
- Laufende Zuschüsse ^{b)}	38,7	26,9	39,7	27,2	41,0	27,7	42,8	28,5	44,9	30,0	47,2	31,4	50,6	33,0	52,4	33,3	53,5	33,3	55,3	33,1	58,0	33,1
- Laufende Zuschüsse an Verwaltungen	3,2	2,2	3,4	2,3	3,9	2,6	4,0	2,7	3,7	2,5	3,6	2,4	3,3	2,2	3,2	2,0	3,9	2,4	4,8	2,9	5,0	2,9
Kapitalrechnung	30,0	20,9	29,9	20,5	29,8	20,1	28,7	19,1	26,4	17,6	24,3	16,2	23,5	15,3	24,2	15,4	24,6	15,3	25,3	15,1	27,5	15,7
- Sachinvestitionen ³⁾	24,6	17,1	24,7	16,9	24,2	16,4	23,7	15,8	21,5	14,3	19,8	13,2	18,7	12,2	19,4	12,3	20,0	12,4	20,8	12,4	22,0	12,6
- Vermögensübertragungen, Darlehen und Beteiligungen an andere Bereiche ³⁾	4,5	3,1	4,3	2,9	5,0	3,4	4,0	2,7	4,0	2,7	3,6	2,4	3,8	2,5	3,8	2,4	3,8	2,4	3,8	2,3	4,5	2,6
- Vermögensübertragungen und Darlehen an Verwaltungen	0,9	0,6	0,9	0,6	0,6	0,4	1,0	0,7	0,9	0,6	0,9	0,6	1,0	0,7	0,9	0,6	0,9	0,6	0,8	0,5	1,0	0,6
Ausgaben insgesamt ⁴⁾	143,7	100,0	146,1	100,0	147,9	100,0	150,0	100,0	149,9	100,0	150,1	100,0	153,2	100,0	157,4	100,0	160,7	100,0	167,3	100,0	175,0	100,0

²⁾ Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.³⁾ Laufende Übertragungen an Unternehmen, private Haushalte, Organisationen ohne Erwerbscharakter. Grundenerwerb, Bauten, Anschaffung von beweglichem Vermögen.⁴⁾ Investitionszuschüsse und sonstige Vermögensübertragungen.⁵⁾ Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.⁶⁾ Schätzung Juli 2009.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010.

Bruttoinlandsprodukt, öffentliche Ausgaben und öffentliche Einnahmen 1999 - 2009

Mrd. € und v.H.

Jahr	Bruttoinlandsprodukt ¹⁾		Ausgaben ²⁾ der öffentlichen Haushalte ³⁾	Steuereinnahmen	Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen ⁴⁾	Staats-einnahmen ⁵⁾	"Steuerliche Deckungsquote"	Volkswirtschaftliche Steuerquote	Volkswirtschaftliche Abgabenquote	Staats-einnahmenquote
	1	2								
in Mrd. €										
1999	2.012,0	597,2	453,1	854,4	935,4	75,9	22,5	42,5	46,5	
2000	2.062,5	599,1	467,3	876,9	953,6	78,0	22,7	42,5	46,2	
2001	2.113,2	604,3	446,2	859,9	942,5	73,8	21,1	40,7	44,6	
2002	2.143,2	612,9	441,7	866,9	949,8	72,1	20,6	40,4	44,3	
2003	2.163,8	620,7	442,2	876,1	960,3	71,2	20,4	40,5	44,4	
2004	2.210,9	615,3	442,8	877,9	957,1	72,0	20,0	39,7	43,3	
2005	2.243,2	627,7	452,1	889,9	977,0	72,0	20,2	39,7	43,6	
2006	2.321,5	639,6	488,4	930,4	1.016,4	76,4	21,0	40,1	43,8	
2007	2.428,2	647,2	538,2	976,1	1.065,3	83,2	22,2	40,2	43,9	
2008 ⁶⁾	2.495,8	675,4	561,2	1.000,7	1.091,8	83,1	22,5	40,1	43,7	
2009 ⁷⁾	2.404,4	739,5	524,0	976,8	1.067,7	70,9	21,8	40,6	44,4	

1) In jeweiligen Preisen.

2) Abgrenzung nach der Finanzstatistik; ohne Zuführung an Rücklagen und Schuldentilgung.

3) Bund, Länder, Gemeinden (GV), Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Anteile, Fonds.

4) Abgrenzung nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

5) Abgrenzung nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

6) Vorläufiges Ergebnis.

7) Vorläufiges Ergebnis bzw. Schätzung.

Quellen: BMF-Finanzbericht 2010, S. 126 und S. 290ff; Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik, versch. Jge., ab 2007 Jg. 2010, Heft 1, S. 14 und 27; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S. 56*.

Tabelle 10

**Bruttoinlandsprodukt, öffentliche Ausgaben und
öffentliche Einnahmen 1999 - 2009**

- Zuwachsraten -

Jahr	Bruttoinlands- produkt	Ausgaben der öffentlichen Haushalte	Steuerein- nahmen	Einnahmen aus Steuern und Sozialbeiträgen	Staatsein- nahmen
	- 1999 = 100 -				
1999	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
2000	102,5	103,0	103,1	102,6	101,9
2001	105,0	101,2	98,5	100,6	100,8
2002	106,5	102,6	97,5	101,5	101,5
2003	107,5	103,9	97,6	102,5	102,7
2004	109,9	103,0	97,7	102,8	102,3
2005	111,5	105,1	99,8	104,2	104,4
2006	115,4	107,1	107,8	108,9	108,7
2007	120,7	108,4	118,8	114,2	113,9
2008	124,0	113,1	123,9	117,1	116,7
2009	119,5	123,8	115,6	114,3	114,1
	- Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H. -				
1999	2,4	2,9	6,4	4,5	3,8
2000	2,5	0,3	3,1	2,6	1,9
2001	2,5	0,9	- 4,5	- 1,9	- 1,2
2002	1,4	1,4	- 1,0	0,8	0,8
2003	1,0	1,3	0,1	1,1	1,1
2004	2,2	-0,9	0,1	0,2	- 0,3
2005	1,5	2,0	2,1	1,4	2,1
2006	3,5	1,9	8,0	4,6	4,0
2007	4,6	1,2	10,2	4,9	4,8
2008	2,8	4,4	4,3	2,5	2,5
2009	-3,7	9,5	-6,6	-2,4	-2,2

*) Berechnet aus Tabelle 9.

Tabelle 11

Einnahmenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009

- Mrd. € und v.H. der Gesamteinnahmen -

Einnahmearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁴⁾
	- Mrd. € -										
Laufende Rechnung	531,9	539,2	521,4	523,3	519,7	513,9	531,0	568,7	619,5	644,4	607,5
- Steuern	453,1	467,3	446,2	441,7	442,2	442,8	452,1	488,4	538,2	561,2	524,0
- Sonstige laufende Einnahmen ¹⁾	78,9	71,8	75,2	81,6	77,5	71,1	78,9	80,3	81,1	83,2	83,5
Kapitalrechnung ²⁾	38,4	25,6	34,4	31,4	33,1	35,6	44,5	30,4	33,8	22,9	18,0
Einnahmen insgesamt ³⁾	570,3	564,8	555,8	554,7	552,8	549,5	575,5	599,1	653,3	667,3	625,5
	- v.H. der Gesamteinnahmen -										
Laufende Rechnung	93,3	95,5	93,8	94,3	94,0	93,5	92,3	94,9	94,8	96,6	97,1
- Steuern	79,4	82,7	80,3	79,6	80,0	80,6	78,6	81,5	82,4	84,1	83,8
- Sonstige laufende Einnahmen	13,8	12,7	13,5	14,7	14,0	12,9	13,7	13,4	12,4	12,5	13,3
Kapitalrechnung	6,7	4,5	6,2	5,7	6,0	6,5	7,7	5,1	5,2	3,4	2,9
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Steuerähnliche Einnahmen, Zinseinnahmen, Mieten und Pachten u.ä.m.

2) Darlehensrückflüsse, Verkauf von Beteiligungen, Vermögensveräußerungen.

3) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

4) Vorläufiges Ergebnis oder Schätzung.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010; Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S. 56*.

Tabelle 12

Einnahmenstruktur der öffentlichen Haushalte 1999 - 2009
- Zuwachsraten -

Einnahmearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	- 1999 = 100 -										
Laufende Rechnung	100,0	101,4	98,0	98,4	97,7	96,6	99,8	106,9	116,5	121,2	114,2
- Steuern	100,0	103,1	98,5	97,5	97,6	97,7	99,8	107,8	118,8	123,9	115,6
- Sonstige laufende Einnahmen	100,0	91,0	95,3	103,4	98,2	90,1	100,0	101,8	102,8	105,4	105,8
Kapitalrechnung	100,0	66,7	89,6	81,8	86,2	92,7	115,9	79,2	88,0	59,6	46,9
Einnahmen insgesamt	100,0	99,0	97,5	97,3	96,9	96,4	100,9	105,0	114,6	117,0	109,7
	- Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H. -										
Laufende Rechnung	4,9	1,4	-3,3	0,4	-0,7	-1,1	3,3	7,1	8,9	4,0	-5,7
- Steuern	4,5	3,1	-4,5	-1,0	0,1	0,1	2,1	8,0	10,2	4,3	-6,6
- Sonstige laufende Einnahmen	7,3	-9,0	4,7	8,5	-5,0	-8,3	11,0	1,8	1,0	2,6	0,4
Kapitalrechnung	13,9	-33,3	34,4	-8,7	5,4	7,6	25,0	-31,7	11,2	-32,2	-21,4
Einnahmen insgesamt	5,6	-1,0	-1,6	-0,2	-0,3	-0,6	4,7	4,1	9,0	2,1	-6,3

*) Berechnet aus Tabelle 11.

Tabelle 13

Einnahmenstruktur des Bundes 1999 - 2009

- Mrd. € und v.H. der Gesamteinnahmen -

Einnahmearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁵⁾
	- Mrd. € -										
Laufende Rechnung	208,2	213,2	207,8	206,3	207,4	197,4	207,8	223,0	248,5	261,3	252,5
- Steuern ¹⁾	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,1	203,9	230,1	239,2	228,0
- Sonstige laufende Einnahmen ²⁾	15,8	14,4	14,1	14,3	15,6	10,4	17,6	19,1	18,4	22,1	24,5
Kapitalrechnung ³⁾	12,4	7,3	12,4	10,3	10,1	14,4	20,6	9,8	7,3	9,1	5,0
Einnahmen insgesamt ⁴⁾	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	228,4	232,8	255,8	270,4	257,5
	- v.H. der Gesamteinnahmen -										
Laufende Rechnung	94,4	96,7	94,4	95,2	95,4	93,2	91,0	95,8	97,1	96,6	98,1
- Steuern	87,2	90,2	88,0	88,6	88,2	88,3	83,2	87,6	90,0	88,5	88,5
- Sonstige laufende Einnahmen	7,2	6,5	6,4	6,6	7,2	4,9	7,7	8,2	7,2	8,2	9,5
Kapitalrechnung	5,6	3,3	5,6	4,8	4,6	6,8	9,0	4,2	2,9	3,4	1,9
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) Nach Abzug der an die Länder überwiesenen Bundesergänzungszuweisungen.

2) Steuerähnliche Einnahmen, Zinseinnahmen, Mieten und Pachten u.ä.m.

3) Darlehensrückflüsse, Verkauf von Beteiligungen, Vermögensveräußerungen.

4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.

5) Vorläufiges Ergebnis.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010; www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Steuerschätzung/Steuereinnahmen-aktuelle
 Ergebnisse Kalenderjahr 2009: Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) nach Gebietskörperschaften, BMF-I A 6 vom 14.1.2010.

Tabelle 14

Einnahmenstruktur der Länder 1999 - 2009

- Mrd. € und v.H. der Gesamteinnahmen -

Einnahmearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁵⁾
	- Mrd. € -										
Laufende Rechnung	237,1	243,7	232,3	234,9	234,6	237,7	241,4	254,6	272,5	282,2	268,3
- Steuern ¹⁾	189,3	194,8	183,7	181,9	181,0	183,5	184,5	200,0	217,8	226,8	211,3
- Sonstige laufende Einnahmen ²⁾	47,8	48,9	48,6	53,0	53,6	54,2	56,9	54,6	54,7	55,4	57,0
Kapitalrechnung ³⁾	20,2	16,6	16,2	14,5	15,0	16,0	16,3	15,8	19,4	12,3	15,0
Einnahmen insgesamt ⁴⁾	257,3	260,3	248,5	249,4	249,6	253,7	257,7	270,4	291,9	294,5	283,3
	- v.H. der Gesamteinnahmen -										
Laufende Rechnung	92,1	93,6	93,5	94,2	94,0	93,7	93,7	94,2	93,3	95,8	94,7
- Steuern	73,6	74,8	73,9	72,9	72,5	72,3	71,6	74,0	74,6	77,0	74,6
- Sonstige laufende Einnahmen	18,6	18,8	19,6	21,3	21,5	21,4	22,1	20,2	18,7	18,8	20,1
Kapitalrechnung	7,9	6,4	6,5	5,8	6,0	6,3	6,3	5,8	6,6	4,2	5,3
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) Einschließlich Gemeindesteuern der Stadtstaaten und der Bundesergänzungszuweisungen.
- 2) Steuerähnliche Einnahmen, Zinseinnahmen, Mieten und Pachten u.ä.m.
- 3) Darlehensrückflüsse, Verkauf von Beteiligungen, Vermögensveräußerungen.
- 4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.
- 5) Schätzung.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010; www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Steuerschätzung/Steuereinnahmen - aktuelle Ergebnisse/Kalenderjahr 2009; Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) nach Gebietskörperschaften, BMF-I A 6 vom 14.1.2010.

Tabelle 15

Einnahmenstruktur der Gemeinden 1999 - 2009

Mrd. € und v.H. der Gesamteinnahmen

Einnahmearten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ^{3,7)}
	- Mrd. € -										
Laufende Rechnung	125,4	128,0	125,2	128,0	124,0	130,0	135,6	144,2	154,7	161,6	155,2
- Steuern ¹⁾	51,0	51,8	49,1	49,2	48,1	53,0	55,8	62,4	67,9	72,3	64,2
- Sonstige laufende Einnahmen ²⁾	74,4	76,2	76,1	78,8	75,9	77,0	79,8	81,8	86,8	89,3	91,0
Kapitalrechnung ³⁾	20,6	19,9	18,9	20,0	18,8	17,9	16,9	17,3	16,3	15,3	17,0
Einnahmen insgesamt ⁴⁾	146,0	147,9	144,1	148,0	142,8	147,9	152,5	161,5	171,0	176,9	172,2
	- v.H. der Gesamteinnahmen -										
Laufende Rechnung	85,9	86,5	86,9	86,5	86,8	87,9	88,9	89,3	90,5	91,4	90,1
- Steuern	34,9	35,0	34,1	33,2	33,7	35,8	36,6	38,6	39,7	40,9	37,3
- Sonstige laufende Einnahmen	51,0	51,5	52,8	53,2	53,2	52,1	52,3	50,7	50,8	50,5	52,8
Kapitalrechnung	14,1	13,5	13,1	13,5	13,2	12,1	11,1	10,7	9,5	8,6	9,9
Einnahmen insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

* Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) Ohne Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten.
- 2) Steuerähnliche Einnahmen, Zinseinnahmen, Mieten und Pachten u.ä.m.
- 3) Darlehensrückflüsse, Verkauf von Beteiligungen, Vermögensveräußerungen.
- 4) Ohne besondere Finanzierungsvorgänge.
- 5) Schätzung.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 - 2010; Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S. 56f⁶⁾; www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Steuerschätzung/Steuereinnahmen - aktuelle Ergebnisse Kalenderjahr 2009; Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) nach Gebietskörperschaften, BMF-IA 6 vom 14.1.2010.

Tabelle 16

Steuereinnahmen der Gebietskörperschaften nach Steuerarten 1999 - 2009
- Mrd. € -

Steuerarten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 ²⁾	2009 ⁴⁾
Gemeinschaftliche Steuern	321,6	333,3	309,7	303,3	299,6	296,5	301,7	329,3	374,3	396,5	370,7
1. Lohnsteuer	133,8	135,8	132,6	132,2	133,1	123,9	118,9	122,6	131,8	141,9	135,2
2. Veranlagte Einkommensteuer	10,9	12,2	8,8	7,5	4,6	5,4	9,8	17,6	25,0	32,7	26,4
3. Körperschaftsteuer	22,3	23,6	- 0,4	2,9	8,3	13,1	16,3	22,9	22,9	15,9	7,2
4. Kapitalertragsteuer	11,3	13,5	20,9	14,0	9,0	9,9	10,0	11,9	13,8	16,6	12,5
5. Mehrwertsteuer	111,6	107,1	104,5	105,5	103,2	104,7	108,4	111,3	127,5	130,8	141,9
6. Einfuhrumsatzsteuer	25,6	33,8	34,5	32,7	33,8	32,7	31,3	35,4	42,1	45,2	35,1
7. Abgeltungssteuer ¹⁾	6,0	7,3	9,0	8,5	7,6	6,8	7,0	7,6	11,2	13,5	12,4
Bundessteuern	75,4	78,9	82,5	86,4	89,5	87,6	86,9	88,1	89,7	90,3	92,9
1. Energiesteuer	36,5	37,8	40,7	42,2	43,2	41,8	40,1	39,9	39,0	39,2	39,8
2. Tabaksteuer	11,7	11,5	12,1	13,8	14,1	13,6	14,3	14,4	14,3	13,6	13,4
3. Branntweinabgaben	2,3	2,2	2,1	2,1	2,2	2,2	2,1	2,2	2,0	2,1	2,1
4. Versicherungssteuer	7,1	7,3	7,4	8,3	8,9	8,8	8,8	8,8	10,3	10,5	10,5
5. Zölle ²⁾	3,2	3,4	3,2	2,9	2,9	3,1	3,4	3,9	4,0	4,0	3,6
6. Solidaritätszuschlag	11,3	11,9	11,1	10,4	10,3	10,1	10,3	11,3	12,3	13,1	11,9
7. Stromsteuer	1,8	3,4	4,3	5,1	6,5	6,6	6,5	6,3	6,4	6,3	6,3
8. Kraftfahrzeugsteuer ³⁾	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	3,8
9. Sonstige Bundessteuern	1,7	1,6	1,6	1,6	1,4	1,4	1,4	1,3	1,4	1,5	1,5
Ländersteuern	19,6	18,5	19,6	18,6	18,7	19,8	20,6	21,7	22,8	21,9	16,4
1. Vermögensteuer	0,6	0,4	0,3	0,2	0,2	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
2. Kraftfahrzeugsteuer ³⁾	7,1	7,0	8,4	7,6	7,3	7,7	8,7	8,9	8,9	8,8	4,4
3. Erbschaftsteuer	3,1	3,0	3,1	3,0	3,4	4,3	4,1	3,8	4,2	4,8	4,5
4. Grunderwerbsteuer	6,1	5,1	4,9	4,8	4,8	4,6	4,8	6,1	7,0	5,7	4,9
5. Biersteuer	0,9	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7
6. Sonstige Ländersteuern	1,9	2,2	2,2	2,1	2,2	2,3	2,1	2,1	1,9	1,9	1,9
Gemeindesteuern	36,5	36,7	34,4	33,5	34,5	39,0	42,9	49,3	51,4	52,5	44,0
1. Gewerbesteuer E und K	27,1	27,0	24,5	23,5	24,1	28,4	32,1	38,4	40,1	41,0	32,4
2. Grundsteuer A	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
3. Grundsteuer B	8,3	8,5	8,8	9,0	9,4	9,6	9,9	10,0	10,3	10,4	10,5
4. Sonstige Gemeindesteuern	0,8	0,8	0,8	0,7	0,7	0,6	0,5	0,5	0,6	0,7	0,7
Steuereinnahmen insgesamt	453,1	467,3	446,2	441,7	442,2	442,8	452,1	488,4	538,2	561,2	524,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

- 1) Bis 2008: Zinsabschlag; ab 2009: Abgeltungssteuer auf Zins- und Veräußerungserträge (einschl. ehemaliger Zinsabschlag).
- 2) Einschließlich EU-Anteil.
- 3) Ab 1. Juli 2010 steht das Aufkommen der Kfz-Steuer dem Bund zu.
- 4) Endgültiges Ergebnis für Bund und Länder, vorläufiges Ergebnis für Gemeinden.

Quellen: BMF-Finanzbericht 2010, S. 281 ff.; Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S. 56f.*; www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Steuerschätzung/Steuereinnahmen - aktuelle Ergebnisse/ Kalenderjahr 2009: Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) nach Steuerarten, BMF – I A6 vom 14.1.2010.

Tabelle 17

Aufteilung der Steuereinnahmen auf die Gebietskörperschaften 1999- 2009
- Mrd. € -

Steuerarten	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁸⁾
Bund insgesamt	211,7	219,0	213,3	214,4	214,0	208,9	211,8	225,6	251,7	260,6	252,8
1. Bundesanteil an:											
- Lohnsteuer/veranlagter Einkommensteuer	61,5	62,9	60,1	59,4	58,5	54,9	54,7	59,6	66,6	74,2	68,7
- nicht veranlagten Steuern vom Ertrag/ Körperschaftsteuer	16,8	18,6	10,2	8,4	8,6	11,5	13,1	17,4	18,4	16,2	9,8
- Steuern vom Umsatz ¹⁾	66,2	66,5	66,3	68,1	67,4	67,0	70,9	74,1	88,9	92,0	93,4
- Gewerbesteuerumlage	1,3	1,3	1,5	1,8	2,3	1,5	1,5	1,6	1,6	1,3	1,0
- Abgeltungssteuer ²⁾	2,7	3,2	3,9	3,7	3,4	3,0	3,1	3,4	4,9	5,9	5,5
2. Bundessteuern ³⁾	63,3	66,6	71,3	73,0	73,8	71,0	68,4	69,6	71,4	71,0	74,4
Länder insgesamt⁴⁾	164,7	169,2	159,1	156,2	155,5	157,9	158,8	173,4	191,6	200,3	182,4
1. Länderanteil an:											
- Lohnsteuer/veranlagter Einkommensteuer	61,5	62,9	60,1	59,4	58,8	54,9	54,7	59,6	66,6	74,2	68,7
- nicht veranlagten Steuern vom Ertrag/ Körperschaftsteuer	16,8	18,6	10,2	8,4	8,6	11,5	13,1	17,4	18,4	16,2	9,8
- Steuern vom Umsatz ⁵⁾	60,0	62,0	61,3	62,1	61,5	64,5	62,6	65,9	73,5	76,7	78,1
- Gewerbesteuerumlage ⁶⁾	4,1	4,2	4,0	4,0	4,8	4,2	4,7	5,4	5,4	5,4	3,9
- Abgeltungssteuer ²⁾	2,7	3,2	3,9	3,7	3,4	3,0	3,1	3,4	4,9	5,9	5,5
2. Ländersteuern	19,6	18,4	19,6	18,6	18,7	19,8	20,6	21,7	22,8	21,9	16,4
Gemeinden insgesamt	56,3	57,2	54,0	52,5	51,8	56,6	59,9	67,3	72,6	77,0	68,4
1. Gemeindeanteil Lohnsteuer/veranlagte Einkommensteuer/ Abgeltungssteuer ^{2)/ Umsatzsteuer}	25,3	26,0	25,2	24,8	24,4	23,1	23,0	25,0	28,3	31,3	29,3
2. Gewerbesteuer abzüglich Gewerbesteuerumlage	21,6	21,5	19,0	17,7	17,1	22,7	25,9	31,4	33,1	34,3	27,5
3. Gemeindesteuern ⁷⁾	9,5	9,6	9,9	10,0	10,3	10,6	10,9	10,9	11,2	11,4	11,6
EU-Anteile	20,3	21,8	19,7	18,6	20,9	19,6	21,7	22,1	22,2	23,1	20,5
- an Zöllen	3,2	3,4	3,2	2,9	2,9	3,1	3,4	3,9	4,0	4,0	3,6
- an Umsatzsteuer	8,1	9,5	8,5	5,1	5,2	3,0	3,3	3,7	3,9	3,7	2,0
- BSP-Eigenmittel	9,0	9,0	8,0	10,5	12,8	13,6	15,1	14,6	14,3	15,3	14,9
Steuereinnahmen insgesamt	453,1	467,3	446,3	441,7	442,2	442,8	452,1	488,4	538,2	561,2	524,0

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

1) EU-Anteil an Umsatzsteuer abgesetzt; einschließlich USt-Verteilung Fonds „Deutsche Einheit“.

2) Bis 2008: Zinsabschlag.

3) EU-Anteil an BSP-Eigenmittel abgesetzt.

4) Ohne Gemeindesteuern der Stadtstaaten.

5) Abzüglich USt-Anteil an Bund des Fonds „Deutsche Einheit“.

6) Einschließlich erhöhte Gewerbesteuerumlage Fonds „Deutsche Einheit“.

7) Ohne Gewerbesteuer.

8) Endgültiges Ergebnis für Bund und Länder, vorläufiges Ergebnis für die Gemeinden.

Quellen: BMF-Finanzbericht 2010 S. 290ff.; Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 2010, H. 6, S.56f.*; www.bundesfinanzministerium.de/Steuern/Steuerschätzung/Steuereinnahmen - aktuelle Ergebnisse/Kalenderjahr 2009: Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) nach Gebietskörperschaften, BMF - I A6 vom 14.1.2010.

Tabelle 18

Steuereinnahmen nach Steuergruppen 1999- 2009

- v.H. der Gesamteinnahmen -

Steuergruppen	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁷⁾
1. Steuern auf das Einkommen und Vermögen	51,2	51,5	48,4	47,2	46,8	46,9	47,5	49,7	49,8	50,9	48,3
davon Steuern vom											
- Einkommen ¹⁾	43,2	43,7	40,8	39,7	39,1	38,2	38,1	39,7	40,3	41,6	39,3
- Vermögensbesitz ²⁾	2,0	2,0	2,1	2,2	2,2	2,3	2,3	2,1	2,0	1,9	2,1
- Gewerbebetrieb ³⁾	6,0	5,8	5,5	5,3	5,5	6,4	7,1	7,9	7,5	7,3	6,7
2. Steuern auf den Vermögensverkehr ⁴⁾	2,1	1,8	1,8	1,8	1,9	2,0	2,0	2,0	2,1	1,9	1,7
3. Steuern auf die Einkommensverwendung	46,8	46,8	49,8	51,0	51,4	51,1	50,5	48,3	48,2	47,3	49,2
davon											
- Steuern vom Umsatz ⁵⁾	31,9	31,7	32,8	33,2	33,0	33,0	32,8	31,8	33,4	33,3	35,5
- Kraftfahrzeugsteuer	1,6	1,5	1,9	1,7	1,7	1,7	1,9	1,8	1,7	1,6	1,6
- Energiesteuer	8,0	8,1	9,1	9,6	9,8	9,4	8,9	8,2	7,2	7,0	7,2
- Stromsteuer	0,4	0,7	1,0	1,2	1,5	1,5	1,4	1,3	1,2	1,1	1,2
- Zölle	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,7	0,8	0,7	0,7	0,7
- sonstige Steuern vom Verbrauch und Aufwand ⁶⁾	4,2	4,0	4,4	4,8	4,8	4,7	4,7	4,4	3,9	3,6	3,8

1) Lohnsteuer, veranlagte Einkommensteuer, nicht veranlagte Steuern vom Ertrag, Zinsabschlag, Körperschaftsteuer, Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer und Körperschaftsteuer / Solidaritätszuschlag

2) Vermögensteuer, Grundsteuer, Feuerschutzsteuer.

3) Gewerbesteuer.

4) Erbschaftsteuer, Grunderwerbsteuer.

5) Umsatzsteuer, Einfuhrumsatzsteuer, Versicherungssteuer.

6) Stromsteuer, Tabaksteuer, Branntweinabgaben, Schaumweinsteuer, Biersteuer, Kaffeesteuer, Zwischenerzeugnissteuer, Pauschalierte Eingangsabgaben, Rennweit- und Lotteriesteuer, sonstige Gemeindesteuern.

7) Schätzung.

Quellen: BMF-Finanzbericht 2009 S. 130 und 2010 S. 137.

Tabelle 19

Verschuldung der öffentlichen Haushalte nach Entstehungsbereichen 1999 - 2009

- Mrd. € und v.H. der Gesamtschulden -

Entstehungsbereiche	- Mrd. € -										
	1999 ⁵⁾	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ⁶⁾
Bund ¹⁾	714,1	715,8 ⁷⁾	701,1 ⁷⁾	725,4	767,7	812,1	886,3	918,9	940,0	966,2	1.033,0
Länder	327,4	338,2	364,6	392,2	423,7	448,7	471,4	481,9	484,4	483,9	505,2
Gemeinden ²⁾	102,3	98,5	99,2	100,8	107,9	112,5	116,0	118,4	115,9	114,5	118,3
Fonds "Deutsche Einheit" ³⁾	40,2	40,7	39,9	39,8	39,6	39,1	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen ⁴⁾	16,0	18,4	19,2	19,4	19,3	18,2	15,4	14,6	0,1	-	-
Haushalte insgesamt	1.200,0	1.211,6	1.224,0	1.277,7	1.358,1	1.430,6	1.489,0	1.533,7	1.540,4	1.564,6	1.656,5⁸⁾
	- v.H. der Gesamtschulden -										
Bund	59,5	59,1	59,1	57,3	56,5	56,8	59,5	59,9	61,0	61,8	62,4
Länder	27,3	27,9	29,8	30,7	31,2	31,4	31,7	31,4	31,4	30,9	30,5
Gemeinden	8,5	8,1	8,1	7,9	7,9	7,9	7,8	7,7	7,5	7,3	7,1
Fonds "Deutsche Einheit"	3,4	3,4	3,3	3,1	2,9	2,7	-	-	-	-	-
ERP-Sondervermögen	1,3	1,5	1,6	1,5	1,4	1,3	1,0	1,0	0,0	-	-

^{*)} Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen; ohne Verschuldung der Haushalte untereinander; Stand am Jahresende.

¹⁾ Einschließlich Schulden des Lastenausgleichsfonds; ab Juli 1999 einschließlich Schulden des Erblastentilgungsfonds, des Bundesseisenbahnvermögens sowie des Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz; ab Januar 2005 einschließlich Schulden des Fonds "Deutsche Einheit"; ab 2007 einschließlich Schulden des ERP-Sondervermögens.

²⁾ Ohne Schulden der kommunalen Eigenbetriebe; einschließlich Schulden der kommunalen Zweckverbände.

³⁾ Ab Anfang 2005 Schuldübernahme durch den Bund.

⁴⁾ Ab Juli 2007 Schuldübernahme durch den Bund.

⁵⁾ Übernahme der Schulden des Bundesseisenbahnvermögens, des Erblastentilgungsfonds und des Ausgleichsfonds "Steinkohleneinsatz" durch den Bund.

⁶⁾ Teilweise geschätzt.

⁷⁾ Die einmaligen UMTS-Erlöse wurden großenteils erst in 2001 gebucht.

⁸⁾ In der für das EWU-Konvergenzkriterium maßgeblichen Abgrenzung betrug die Verschuldung 1.762,2 Mrd. Euro.

Quellen: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank 2004 bis 2010; ab 2004 Jg. 2010, Heft 6, S. 54* und 60*

Tabelle 20

Verschuldung der öffentlichen Haushalte nach Entstehungsbereichen 1999 - 2009

- Zuwachsraten -

Entstehungsbereiche	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	- 1999 = 100 -										
Bund	100,0	100,2	98,2	101,6	107,5	113,7	124,1	128,7	131,6	135,3	144,7
Länder	100,0	103,3	111,4	119,8	129,4	137,0	144,0	147,2	148,0	147,8	154,3
Gemeinden	100,0	96,3	97,0	98,5	105,5	110,0	113,4	115,7	113,3	111,9	115,6
Sonderfonds ¹⁾	100,0	105,2	105,2	105,3	104,8	102,0	27,4	26,0	0,2	0,0	0,0
Haushalte insgesamt	100,0	101,0	102,0	106,5	113,2	119,2	124,1	127,8	128,4	130,4	138,0
- Veränderungen gegenüber Vorjahr in v.H. ²⁾ -											
Bund	45,8	0,2	-2,1	3,5	5,8	5,8	9,1	3,7	2,3	2,8	6,9
Länder	2,7	3,3	7,8	7,6	8,0	5,9	5,1	2,2	0,5	-0,1	4,4
Gemeinden	0,7	-3,7	0,7	1,6	7,0	4,3	3,1	2,1	-2,1	-1,2	3,3
Sonderfonds ¹⁾	-78,0	5,2	0,0	0,2	-0,5	-2,7	-73,1	-5,2	-99,3	0,0	0,0
Haushalte insgesamt	2,9	1,0	1,0	4,4	6,3	5,3	4,1	3,0	0,4	1,6	5,9

*) Berechnet aus Tabelle 19.

1) Bundeseseisenbahnvermögen (1994-1998), Fonds „Deutsche Einheit“ (1990 - 2004), ERP-Sondervermögen, Erblastentilgungsfonds (1995-1998), Ausgleichsfonds Steinkohleneinsatz (1995-1998).

2) Die Veränderung des Schuldenstandes weicht von der Nettokreditaufnahme ab, weil sie auch die Übernahme von Altschulden und Ausgliederungen aus den öffentlichen Haushalten berücksichtigt.

Tabelle 21

Nettokreditaufnahme Bund, Länder und Gemeinden 1999 - 2009

- Mrd. €, Anteil in v.H., Zuwachsraten -

Entstehungsbereiche	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009 ¹⁾
	- Mrd. € -										
Bund	26,1	23,8	22,8	31,9	38,6	39,5	31,2	27,9	14,3	11,5	34,1
Länder	11,8	12,9	20,9	26,9	26,8	26,8	25,0	13,9	3,6	-6,0	17,7
Gemeinden	0,2	-0,3	0,2	0,7	1,8	0,7	0,2	-2,0	-2,5	-3,1	0,9
Insgesamt	38,1	36,4	43,9	59,5	67,2	67,0	56,3	39,8	15,4	2,4	52,7
	- v.H. der Nettokreditaufnahme insgesamt -										
Bund	68,5	65,4	51,9	53,6	57,4	59,0	55,4	70,1	92,9	479,2	64,7
Länder	31,0	35,4	47,6	45,2	39,9	40,0	44,4	34,9	23,4	-250,0	33,6
Gemeinden	0,5	-0,8	0,5	1,2	2,7	1,0	0,4	-5,0	-16,2	-129,2	1,7
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	- Veränderung gegenüber Vorjahr in v.H. -										
Bund	-9,7	-8,8	-4,2	39,9	21,0	2,3	-21,0	-10,6	-48,7	-19,6	196,5
Länder	-21,9	9,3	62,0	28,7	-0,4	0,0	-6,7	-44,4	-74,1	n.d.	n.d.
Gemeinden	-71,4	n.d.	n.d.	250,0	157,1	-61,1	-71,4	n.d.	25,0	n.d.	n.d.
Insgesamt	-14,8	-4,5	20,6	35,5	12,9	-0,3	-16,0	-29,3	-61,3	-84,4	2095,8

*) Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen; n.d. = nicht definierbar.

1) Beim Bund endgültiges Ergebnis; bei den Ländern und den Gemeinden vorläufiges Ergebnis.

Quellen: BMF-Finanzberichte 2004 bis 2010, Übersicht 12; BMF-Finanzbericht 2010, Zusammenstellung 11, S. 176; Bundesministerium der Finanzen (Hrsg.), Monatsberichte des Bundesministeriums der Finanzen 2010, Heft 3, S. 47; Statistisches Bundesamt Wiesbaden (Hrsg.), Wirtschaft und Statistik 2010, Heft 4, S. 410 und 415.

IFSt-Schriften 2009 / 2010

2 0 0 9

- | | | |
|---------|--|---------|
| Nr. 454 | Die Belastung durch Einkommensteuer und Sozialabgaben
– Entwicklung und Perspektiven – | 22,00 € |
| Nr. 455 | Zur Abwehr von Steuerumgehungen aus deutscher und europäischer Sicht | 19,50 € |
| Nr. 456 | Entwicklung wesentlicher Daten der öffentlichen Finanzwirtschaft in Deutschland | 11,50 € |
| Nr. 457 | DBA-Verständigungsverfahren
– Probleme und Verbesserungsvorschläge – | 13,50 € |
| Nr. 458 | Entwicklung der Realsteuerhebesätze der Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohnern im Jahr 2009 gegenüber 2008 | 17,00 € |
| Nr. 459 | Steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung | 19,00 € |

2 0 1 0

- | | | |
|---------|--|---------|
| Nr. 460 | Zur Struktur familienpolitischer Maßnahmen in Deutschland | 15,00 € |
| Nr. 461 | Systemgerechte Neuordnung der Verlustverrechnung
– Haushaltsverträglicher Ausstieg aus der Mindestbesteuerung | 17,00 € |
| Nr. 462 | Schiedsverfahren im Internationalen Steuerrecht | 13,00 € |
| Nr. 463 | Steuerliche Behandlung grenzüberschreitender Funktionsverlagerungen | 17,00 € |
| Nr. 464 | Bilanzberichtigung und Bilanzbildung für die Finanzverwaltung – Subjektiver Fehlerbegriff auf dem Prüfstand | 15,00 € |
| Nr. 465 | Entwicklung der Realsteuerhebesätze der Gemeinden mit 50.000 und mehr Einwohnern im Jahr 2010 gegenüber 2009 | 15,00 € |

ISBN 978-3-89737-015-9